

# KOLN 1962

1640



erich ollenbauer

# heute für morgen

eine moderne partei in unserer zeit



C 87-1640

Herausgeber: Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bonn, Referat Werbung und Propaganda  
Gestaltung: Hans Eckensberger . Druck: Union Druck und Zeitungsverlag GmbH., Saarbrücken 3, Brauerstraße 6

# heute für morgen

Wir haben bei den Bundestagswahlen des Jahres 1961 die erste große Bewährungsprobe seit der Verabschiedung unseres Godesberger Programms im Jahre 1959 zu bestehen gehabt. In Hannover 1960 und im April 1961 in Bonn haben wir auf der Grundlage dieses Programms unser Regierungsprogramm beschlossen und den Versuch unternommen, den Bundestagswahlkampf 1961 als eine Partei unserer Zeit und mit den modernen Mitteln der Propaganda und der Technik zu führen. Es war der geschlossenste und wirksamste Wahlkampf unserer Partei seit Bestehen der Bundesrepublik.

Wir haben zwar unser Ziel nicht erreicht, eine Bundesregierung unter sozialdemokratischer Führung und unter Führung unseres Bundeskanzlerkandidaten Willy Brandt zu bilden. Aber wir haben die absolute Mehrheit der CDU/CSU beseitigt und dadurch einen großen Erfolg gehabt.

11½ Millionen Wähler und Wählerinnen haben sich zu uns bekannt. Wir sind mit 203 Mandaten im 4. Deutschen Bundestag vertreten, fast 40 v.H. der Mandate. Wir haben die Zahl unserer direkten Mandate verdoppelt. Wir haben mit diesem Resultat die bisher größte Stärke unserer Partei seit ihrem Bestehen auf dem Gebiet der Bundesrepublik erreicht.

Bundestagswahlen 1961:  
Bewährungsprobe des  
Godesberger Programms

SPD im  
4. Deutschen Bundestag  
mit größter Stärke  
seit ihrem Bestehen  
auf dem Gebiet  
der Bundesrepublik  
vertreten

Dank  
an alle Wähler der SPD  
Dank an Willy Brandt  
und die Mitglieder  
der Mannschaft

Wahlkampf  
wurde werblich und  
organisatorisch  
hervorragend geführt

Dank und Anerkennung  
allen Mitgliedern  
und Vertrauensleuten:  
Ihre aktive Mitarbeit  
ist und bleibt  
die stärkste Kraft  
der Partei;  
das Herz der Partei  
muß gesund bleiben,  
wenn wir uns  
behaupten wollen

Die CDU/CSU war die Verliererin dieses Wahlkampfes. Das Resultat der Wahl ist ein solider und gesunder Erfolg, auf dem die Sozialdemokratie mit größerer Sicherheit weiterbauen kann als die FDP auf ihren Zahlen, die die Bedeutung und Dauerhaftigkeit ihrer Gewinne erheblich überschätzt.

Wir haben an dieser Stelle all den Männern und Frauen zu danken, die uns am 17. September ihr Vertrauen schenken.

Wir haben auch vor allem unserem Bundeskanzlerkandidaten Willy Brandt zu danken für seinen fast übermenschlichen persönlichen Einsatz und für seine große politische Leistung. (Beifall.)

Wir danken den Mitgliedern unserer Mannschaft, die eindrucksvoll die persönlichen und sachlichen Qualitäten dieser Gruppe unterstrichen und die deutlich machten, daß die Sozialdemokratie eine vertrauenswürdige und regierungsfähige Partei ist. (Beifall.) Dieser Wahlkampf hat vor aller Welt bewiesen, daß es in der Bundesrepublik eine zuverlässige, fähige, vertrauenswürdige, demokratische Alternative zu der Adenauer-Politik der vergangenen zwölf Jahre gibt. (Beifall.)

Die Qualitäten und die Wirksamkeit unserer Werbemittel sind auch vom politischen Gegner anerkannt worden ebenso wie die hervorragende technische Organisation unseres Wahlkampfes. Wir haben eine gute Politik in der wirksamsten Weise vertreten. Wir können das mit Genugtuung feststellen.

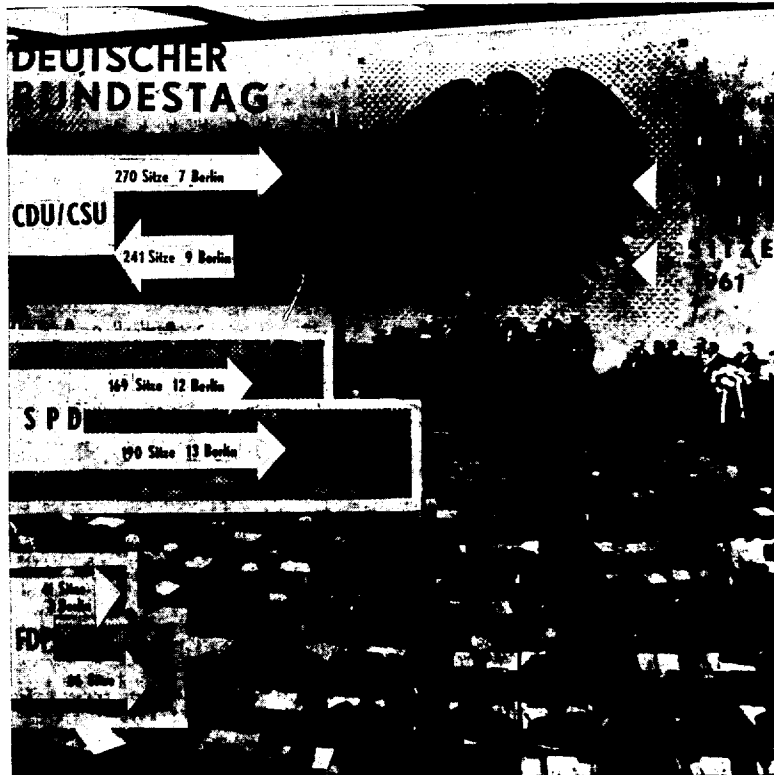
Aber wir wissen selbst am besten, daß das alles nur möglich war durch die hingebungs-volle Mitarbeit unserer Vertrauensleute und Mitglieder. Ihnen allen gebührt unser Dank und unsere Anerkennung. (Beifall.)

Unser Dank gilt vor allem aber denen, die in Gebieten wirken, in denen auch heute noch das öffentliche Eintreten für die Sozialdemokratie eine große Festigkeit in der Überzeugung und persönlichen Mut erfordert.

Wir werden auch in Zukunft bei der Gestaltung unserer Wahlkämpfe mit den modernsten Erkenntnissen der Psychologie und der Werbung Schritt halten müssen, wenn wir zu weiteren Erfolgen kommen wollen. Wir werden aber nie vergessen, daß die politische Reife und Bereitschaft unserer Mitglieder und Anhänger zu aktiver Mitarbeit die stärkste motorische Kraft unserer Partei ist und bleibt. (Beifall.)

Liebe Freunde, das Herz der Partei muß gesund bleiben, wenn wir in dem rasenden Tempo unserer Zeit uns behaupten und einen dauerhaften Sieg erringen wollen. Wir werden uns im Laufe dieses Parteitages mit den innen- und außenpolitischen Problemen und Aufgaben auseinandersetzen, die sich aus der allgemeinen Entwicklung und aus der durch das Wahlresultat vom 17. September entstandenen Lage ergeben.

Ich möchte einige allgemeine Bemerkungen machen über die Auswirkungen des Wahlergebnisses auf die Politik der Bundesrepublik. Ich muß sagen: Es ist vom Standpunkt der gesunden Weiterentwicklung unserer Demokratie eine beunruhigende Zwischenbilanz. Die Wahl des 17. September 1961 stand unter dem überragenden Eindruck der Errichtung der Mauer und der Annektion Ostberlins durch einen Gewaltstreich der ostzonalen



Auswirkungen  
des Wahlergebnisses  
auf die Politik  
in der Bundesrepublik

CDU/CSU und FDP  
verweigerten sich bei  
der Regierungsbildung  
den nationalen  
Notwendigkeiten  
der Stunde

Bundesregierung  
eine Regierung  
ohne Programm –  
die schwächste und  
unsicherste Regierung  
seit Gründung  
der Bundesrepublik

Machthaber. Es war in den Wochen nach dem 17. September klar, daß ein neuer kritischer, lebensgefährlicher Abschnitt in unserem Kampf um die Lebensfähigkeit von Berlin begonnen hat. Wir haben in Hannover und noch am Tage vor dem 13. August auf unserem Deutschlandtreffen in Nürnberg durch Willy Brandt auf diese nationalen Gefahren hingewiesen und die gemeinsame Anstrengung aller demokratischen Kräfte zur Abwehr dieser Gefahren gefordert. Die Regierung Adenauer hat, wie so oft, in den kritischen Stunden um den 13. August 1961 versagt. (Beifall.) Willy Brandt, der Regierende Bürgermeister von Berlin, war es, der durch sofortiges Erkennen der Lage, durch schnelles Handeln und durch energische Initiative den Berlinern die innere Kraft gab, mit ihrem schweren Los fertig zu werden. (Beifall.)

Die anderen Parteien im 4. Deutschen Bundestag, die CDU/CSU und die Freien Demokraten, haben aus dem, was geschehen war, nichts gelernt. Sie haben sich nach dem 17. September bei der Regierungsbildung den nationalen Notwendigkeiten der Stunde verweigert und Überlegungen der Sozialdemokratie für eine Regierungsbildung auf breiter Basis in den Wind geschlagen.

Für uns gilt – ob in der Regierung oder Opposition –: Wir Sozialdemokraten werden stets unseren Teil an Verantwortung für das Schicksal unseres Volkes übernehmen und redlich erfüllen, weil wir nicht neben dem Volk stehen, sondern ein wesentlicher Teil unseres Volkes sind. Das hier wieder einmal bewiesene Unvermögen unserer politischen Gegner, das Allgemeininteresse über das eigene Interesse zu stellen, soll aber nicht in Vergessenheit geraten. Wir werden dafür sorgen.

Die Regierungsbildung war das Produkt des egoistischen Strebens um die Behauptung der in den zwölf Jahren des Adenauer-Regimes gewonnenen Machtpositionen in Staat und Gesellschaft. Sie ist ein Produkt der Angst vor der verblassenden Kraft einer konstruktiven Mitarbeit der Sozialdemokratie in der Bundesregierung und somit ein Produkt der Angst vor den nächsten Wahlen.

Das bisherige Resultat der Regierungspolitik entspricht dieser Ausgangsposition. Die Regierung ist eine Regierung ohne Programm, ohne Initiativen und ohne positive Leistungen. Das Stehenbleiben und das Festhalten an alten Vorstellungen werden den dringenden außen- und innenpolitischen Notwendigkeiten unserer Tage nicht gerecht. Die Unfähigkeit der Koalition, sich auch nur untereinander in den sachlichen Fragen der nächsten Zukunft zu verständigen, hat in der vergangenen Woche zum offenen Konflikt und zu einem drastischen Anschauungsunterricht über die innere Schwäche dieser Arbeitsgemeinschaft geführt. Noch niemals war die Politik der Bundesregierung so unklar und verworren, noch niemals so führungslos wie seit dem Herbst 1961. In der schwersten Zeit der Bundesrepublik seit ihrer Gründung hat die Bundesrepublik die schwächste und unsicherste Regierung in ihrer bisherigen Geschichte. Daß sich diese schwere Erschütterung unseres positiven Lebens nicht als Staatskrise abzeichnet, das verdanken wir der Existenz starker, demokratisch zuverlässiger Kräfte außerhalb der Koalitionsparteien, vor allem der starken Stellung der sozialdemokratischen Opposition.

Die Bundesrepublik ist in dieser kritischen Situation noch mit einem besonders ersten Problem belastet. Es ist das Problem der politischen Führungsspitze, des Chefs der

Bundesregierung, Dr. Konrad Adenauer. Die politischen Wirrnisse, in die die Bundesrepublik in den letzten Monaten auf innen- und außenpolitischem Gebiet geraten ist, sind in hohem Maße auch das Resultat einer menschlichen Tragödie. Wir haben sie nicht zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen gemacht, und wir werden das auch nicht tun. Aber wir haben das Recht und die Pflicht, an die für die Führung der Koalition und der Regierung verantwortliche Fraktion, an die CDU/CSU, die ernste Mahnung zu richten und von den Verantwortlichen zu fordern, im nationalen Interesse so schnell wie möglich eine menschlich anständige, aber politisch unausweichlich notwendige Ablösung in der Führung der Bundesregierung vorzunehmen. (Beifall.) Wir wissen, daß wir mit dieser Mahnung vielen Millionen unserer Mitbürger aus dem Herzen sprechen, die nicht zu uns zählen, aber die mit Besorgnis und mit Beklommenheit die Entwicklung der letzten Monate beobachtet haben.

Es ist eine schwere Verantwortung und eine harte Entscheidung, vor die hier die CDU/CSU gestellt ist. Sie kann sich ihr nicht länger entziehen. Jetzt geht es nicht um Konrad Adenauer, auch nicht um die CDU. Es geht um die Glaubwürdigkeit Deutschlands in der Welt. Der Wechsel sollte im Interesse der vor uns liegenden Aufgaben nicht Gegenstand parteitaktischer Auseinandersetzungen sein. Wir verlangen keinen Skandal!

Wir fordern eine arbeitsfähige Regierungsspitze, die die ihr nach unserem Grundgesetz zukommende Führungsaufgabe übernimmt, und mit der wir uns politisch auseinandersetzen können. Es geht nicht um eine formale Machtprobe, nicht um die Abstimmung über einen Mißtrauensantrag im Parlament, es geht um die Abwendung der Gefahr eines Zusammenbruchs des Vertrauens unseres Volkes in die Staatsführung der Bundesrepublik, soweit sie durch den Bundeskanzler ausgeübt werden sollte.

Wir Sozialdemokraten werden die Auseinandersetzungen um die beste Erfüllung der notwendigen innen- und außenpolitischen Aufgaben in sachlicher Form führen. Wir werden bemüht sein, in den lebenswichtigen nationalpolitischen Fragen – vor allem in der Auseinandersetzung um die Erhaltung der Freiheit und der Lebensfähigkeit Berlins, der Sicherheit der Bundesrepublik und in dem vor uns liegenden langwierigen Ringen um die Wiederherstellung eines in Freiheit vereinigten Deutschlands – eine gemeinsame Basis finden. Unser aller Existenz und die Zukunft unseres Volkes stehen auf dem Spiel.

Wir sind nicht ohne Besorgnis über die Belastungen, denen unser Verhältnis zu den westlichen Verbündeten, vor allem zu den Vereinigten Staaten, ausgesetzt war und noch ist und über bestimmte Vorstellungen vor allem des französischen Staatschefs über die zukünftige Politik in Europa. Wir werden unsere Auffassung dazu im Laufe des Parteitages noch präzisieren, und wir werden in sachlicher Auseinandersetzung mit unseren politischen Gegnern festzustellen versuchen, ob es eine genügend breite Basis für eine gemeinsame Politik gibt, d. h. für die Sicherung der Lebensinteressen unseres Volkes.

Für die Innenpolitik ist unsere Richtlinie in den Schwerpunkten des sozialdemokratischen Regierungsprogramms von Hannover und Bonn bereits vorgezeichnet. Die große Aufgabe der Ausgestaltung unserer Bundesrepublik zu einem demokratischen und sozialen Rechtsstaat, wie sie unser Grundgesetz fordert, ist ungelöst, und wir werden für die Erfüllung dieser Aufgabe in Bund, Ländern und Gemeinden wirken. Für die deutsche Politik steht

Problem  
der politischen  
Führungsspitze –  
Dr. Konrad Adenauer –  
in hohem Maße  
auch Resultat einer  
menschlichen Tragödie

CDU/CSU  
kann sich der  
Verantwortung und  
Entscheidung  
im Falle Adenauer  
nicht entziehen

SPD  
besorgt über Verhältnis  
der Bundesrepublik  
zu den westlichen  
Verbündeten  
und über  
gewisse Tendenzen  
in der Europa-Politik

CDU/CSU  
kopiert SPD-Programm

Blauer Himmel über den  
Revieren an Rhein, Ruhr  
und Saar – das hatte Willy  
Brandt vor der Bundes-  
tagswahl namens der SPD  
versprochen.

„Hustenbonbons als Wahl-  
propaganda!“ hatte die  
CDU/CSU der SPD-Forde-  
rung gespottet und sie von  
Anfang an, seit der Ver-  
kündung des SPD-Regie-  
rungsprogrammes im April  
1961, lächerlich zu machen  
versucht.

Der Spott verging ihr  
schnell, als sie merkte, wie  
sehr wir den Menschen mit  
unseren Forderungen aus  
den Herzen gesprochen  
haben. Knapp sechs Mo-  
nate nach der Bundestags-  
wahl eröffnete die CDU  
den Landtagswahlkampf  
in Nordrhein-Westfalen  
auf Regierungskosten mit  
Plakaten, auf denen sie

Reine Luft  
Reines Wasser  
Gesundheit  
Wohlergehen

versprach – und das einer  
Bevölkerung, über die sie  
vier Jahre lang mit ab-  
soluter Mehrheit regiert  
hatte!

Mit Recht fragte sich je-  
dermann, warum die CDU  
im Juli 1962 versprach,  
was sie seit 1958 hätte  
verwirklichen können.



Smog über der Ruhr –  
– und der Saar



diese Aufgabe an erster Stelle. Die Stärke unserer Sozialdemokratischen Partei ist es, daß unsere Vorstellungen vom Inhalt einer modernen Demokratie übereinstimmend mit den nationalpolitischen Notwendigkeiten, die Bundesrepublik zur Heimstätte für alle Deutschen und als demokratischer und sozialer Rechtsstaat lebensfähig und krisenfest zu machen. Nur eine solche Bundesrepublik Deutschland kann ihre gesamtdeutsche Verpflichtung gegenüber allen Deutschen, die in der Unterdrückung leben, erfüllen. Nur eine solche Bundesrepublik kann den positiven Beitrag zur Vereinigung Europas leisten.

Wir stellen in den Mittelpunkt aller Politik die unveräußerlichen Rechte jedes Menschen und seine Würde. Wir wollen die gesamte Innenpolitik in den Dienst dieser unveräußerlichen Rechte stellen, damit unser demokratischer Staat ein Gemeinwesen wird, das gegen jede Art von Totalitarismus gefeit ist. Wir werden Stück für Stück unseres Regierungsprogramms weiter konkretisieren und in unserer kommunalen und Länderpolitik sowie im Bund zu verwirklichen suchen. Dieser Parteitag hier in Köln wird weitere Schritte in dieser Richtung tun, um der Partei das Rüstzeug für die weitere Arbeit zu geben.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat bei der Wahl 1961 einen Durchbruch erzielt. Sein Ausgangspunkt ist unser Godesberger Programm. Viele haben es zunächst betrachtet als einen taktischen oder gar opportunistischen Versuch, eine bessere Ausgangsposition in kommenden wahlpolitischen Auseinandersetzungen zu finden. Es war und ist etwas ganz anderes. Er ist der erste Versuch, den Standort des demokratischen Sozialismus und den Standort der demokratischen Sozialisten unserer Zeit in der Gesell-

Richtlinie  
unserer Innenpolitik:  
Ausgestaltung  
der Bundesrepublik  
zu einem  
demokratischen und  
sozialen Rechtsstaat

Godesberger Programm  
kein taktischer Versuch,  
sondern  
Standortbestimmung  
des demokratischen  
Sozialismus  
in unserer Zeit



So weit hätte es  
mit dieser Flußschleuse  
nicht zu kommen  
brauchen –

Längst hätte bei uns ener-  
gisch gegen die Ver-  
schmutzung der Luft und  
des Wassers eingeschritten  
werden müssen und kön-  
nen. Jetzt ist alles viel  
schwieriger – da sich der  
weißliche Schaum der Ab-  
wässer aus Industrie und  
Wohngebieten zu Bergen  
an den Wehren und in  
den Schleusen türmt – wie  
dies Foto links es zeigt.

Unsere Zielsetzung:  
der Mensch  
im Mittelpunkt  
einer vernünftigen  
Ordnung;  
daher Ablehnung  
jedes Totalitarismus,  
Bekenntnis  
zur Achtung  
und zur Toleranz  
aller geistigen  
und religiösen  
Kräfte unseres Volkes

schaft von heute zu bestimmen, seine Aufgaben festzulegen und die besten, zeitgemäßen Mittel zu ihrer Verwirklichung aufzuzeigen. Das Godesberger Programm ist eines der bedeutsamsten Dokumente unserer Zeit, das sich geschichtlich allen früheren programmatischen Erklärungen unserer Partei in logischer Fortentwicklung anfügt. Heute steht es im Mittelpunkt vieler ernsthafter und tiefgehender Auseinandersetzungen im geistigen und politischen Leben unseres Volkes und weit über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus.

Klarer als jemals zuvor stellt das Godesberger Programm die Freiheit und die Würde des Menschen als das Ziel aller unserer Bemühungen um eine gerechte und menschenwürdige Gestaltung unserer gesellschaftlichen Ordnung in den Vordergrund. Die radikale und uneingeschränkte Ablehnung jeder totalitären gesellschaftlichen Ordnung und jedes totalitären Anspruchs auf den Menschen, das Bekenntnis zur Achtung und zur Toleranz gegenüber den geistigen und religiösen Kräften, die die Geschichte unseres Volkes und seine Gegenwart bestimmen, das sind die natürlichen und notwendigen Konsequenzen aus einer Zielsetzung, die den Menschen in den Mittelpunkt einer vernünftigen Ordnung der Dinge in dieser Welt stellt.

Das Godesberger Programm, liebe Freunde, hat das Wirken unserer Partei im A/ltag wieder in Beziehung gesetzt zu den gesellschaftlichen Formen und Kräften unserer Zeit. Es hat der Arbeit des Tages die notwendige Zukunftsperspektive gegeben, und es hat Vorurteile, Mißverständnisse, Unklarheiten, mit denen unsere Gegner in der Vergangenheit weitgehend ihren Kampf gegen uns bestritten haben, entkräftet, erschüttert oder aufgehoben. Sicher gibt es heute noch viele, die diese neue programmatische Aussage der Sozialdemokratie bestreiten oder ignorieren. Aber sie können die Wirksamkeit dieser geistigen Leistung nicht leugnen, und sie werden sich ihr auf die Dauer auch nicht entziehen können.

Neue Leitbilder  
bewirkten  
Umdenkungsprozeß  
bei vielen Wählern

Das Wahlergebnis vom 17. September 1961 ist auch in diesem Zusammenhang zu sehen. Die Untersuchungen haben ergeben, daß die Wahlziffern selbst nur zum Teil die wirkliche Bedeutung dieses Wahlergebnisses ausdrücken. Die deutschen Wähler sind in viel höherem Maße in Bewegung geraten und in einem tiefergehenden Umdenkungsprozeß begriffen als die Wahlziffern erkennen lassen. Viele sind durch unsere neuen Wahlkampfmethoden sicher oft zum erstenmal angesprochen worden. Aber sie sind nun in das große Gespräch verwickelt, das sie nicht mehr zur Ruhe kommen lassen wird, in das Gespräch um den besten, schnellsten, wirksamsten Weg, um unserem Volke Freiheit, Frieden und Wohlstand zu sichern, ihm Gerechtigkeit zu schaffen oder zu bewahren. Mit den herkömmlichen Mitteln und Vorstellungen können die Probleme unserer Zeit, Existenz- und Lebensangst, nicht mehr bewältigt werden. (Beifall.)

Berechtigte Hoffnung  
auf freihetliche  
Lebensordnung

Die Menschen suchen nach neuen Leitbildern, und wir dürfen das Vertrauen haben, daß unsere Vorstellungen, wie das Godesberger Programm sie entwickelt hat, ihnen helfen und ihnen Hoffnung geben kann – die Hoffnung nämlich, daß eine Lebensordnung möglich ist, in der der einzelne Mensch nicht erbarmungslos in der Hast der modernen Zeit untergeht oder nur dahinlebt, sondern als freier Mensch leben und sein Schicksal gestalten kann.



Kirchliche  
Würdenträger –

– hier der evangelische  
Bischof D. Kunst – als auf-  
geschlossene und aufmerk-  
same Gäste sozialdemo-  
kratischer Parteitage sind  
das äußere Zeichen für  
den Wandel der Bezie-  
hungen zwischen der Kir-  
che und der modernen,  
dynamischen Sozialdemo-  
kratie von heute

Wenn wir in den vergangenen Jahren das Gespräch geführt haben mit den Vertretern der Kirchen, mit Vertretern so vieler wichtiger gesellschaftlicher Gruppierungen, die oft mehr am Rande des politischen Geschehens stehen, so haben wir es getan, um zu hören, zu erklären und zu klären und gemeinsam nach Möglichkeiten zu suchen, im gegenseitigen Vertrauen – oder wenigstens Respekt – eine Basis für sachliche Diskussionen über gemein-  
sam interessierende Probleme unserer Zeit zu finden.

Wir haben dabei nie ein ausgesprochen negatives Echo gefunden. Wir freuen uns vor allem, daß wir heute unvoreingenommener und offener als jemals zuvor mit Vertretern der beiden Kirchen sprechen können.

Es ist in dieser unerfreulichen Zeit, in der der Kampf der Interessen und der politischen Kräfte sich im Materiellen und im Vordergründigen zu erschöpfen scheint, doch eine Ermutigung, meine lieben Freunde, daß es in unserem Volke ein starkes geistiges Ringen um die sinnvolle Lösung der Probleme unseres menschlichen Zusammenlebens gibt.

Viele wichtige  
gesellschaftliche  
Gruppierungen  
sind nun in  
das große Gespräch  
verwickelt

Ermutigende Diskussion  
über Form und Inhalt  
der kommenden neuen  
Gesellschaft

Auch in den beiden Kirchen besteht Bereitschaft zu offenen, ehrlichen Gesprächen

Wir meinen damit nicht nur die Bereitschaft zu offenen Gesprächen, sondern auch vor allem die Bemühungen in der Katholischen und in der Evangelischen Kirche, sich neu mit den Aufgaben und Notwendigkeiten unserer Zeit auseinanderzusetzen. Wir begrüßen diese Entwicklung. Es ist dabei nicht entscheidend, ob wir in allen wesentlichen Punkten übereinstimmen oder uns näherzukommen scheinen, sondern, daß sich Kräfte in unserem Volke zeigen, die, wie wir bereit und entschlossen sind, die große Diskussion über Form und Inhalt der kommenden neuen Gesellschaft sachlich, offen und ehrlich zu führen. (Beifall.)



Das zweite Deutschlandtreffen der SPD in Köln –

– war aus dem ersten Treffen in Nürnberg im vorigen Jahre wie von selbst Entschluß und Tat geworden. Die beiden ersten Deutschlandtreffen haben bereits gezeigt, daß hier eine neue, moderne Art der Manifestation Gestalt gewinnt, deren öffentliche Kundgebungen – wie Herbert Wehner es vor dem Parteitage formulierte – „nur die äußeren Höhepunkte der Gesamtheit schöpferischer und politisch bildender und prägender Veranstaltungen darstellen“.



Schnappschuß vom 2. Deutschlandtreffen

von links nach rechts:  
Kölns Parteivorsitzender  
Hans-Jürgen Wischnewski,  
Heinz Kühn,  
Vorsitzender  
der SPD-Mittelrhein  
und der Landtagsfraktion  
der SPD in NRW  
Theo Burau,  
Kölns SPD-OB  
Willy Brandt  
Erich Ollenhauer

Es ist ein legitimes Recht jeder Partei in der Demokratie, um die Macht zu ringen, die Mehrheitspartei zu werden. Wir würden uns als Partei selbst aufgeben, wenn wir darauf verzichten würden! Was wir aber hier wollen, das ist unsere Teilnahme an dem geistigen Ringen in unserem Volke um die Bewältigung der Gegenwart und der nächsten Zukunft.

Es ist das Bemühen, die moderne Demokratie, repräsentiert durch die politischen Parteien, lebensnah zu erhalten, indem wir uns durch das Gespräch mit den anderen wichtigen Faktoren unseres gesellschaftlichen Lebens immer wieder hineinsetzen in die Wirklichkeit von heute, in ihre Sorgen, Probleme und Hoffnungen.

Liebe Freunde, wir befinden uns erst am Anfang dieser großen Aufgabe. Notwendig ist dazu, daß die Grundgedanken unseres Godesberger Programms Gemeingut aller Sozialdemokraten sind. Der Ausbau unserer Bildungs- und Schulungsarbeit ist eine politische Aufgabe erster Ordnung. Unsere Mitglieder und Vertrauensleute müssen wissen, was wir wollen, und wir müssen ihnen helfen, fähig zu sein, unsere Vorstellungen klar und unmißverständlich auszudrücken. Wir wollen keine Uniformität der Sprache und der Argumente, aber in der Darstellung der Grundideen muß das Gesicht unserer Partei klar und unverzerrt dastehen. (Beifall.) Wir werden nicht nur in unserer Politik, sondern auch in der Technik unserer Arbeit und unserer Werbung immer bemüht bleiben müssen, eine moderne Partei zu sein, die die Menschen von heute versteht, die sich ihnen verständlich machen kann und die von ihnen verstanden wird.

Ich bin sicher, die neue Sozialdemokratische Partei des Godesberger Programms wird eine solche moderne Partei sein. Aber sie ist keine Partei der Manager. Der Grundgedanke unseres Godesberger Programms, die Respektierung der Persönlichkeit und der Würde des Menschen muß auch, und vor allem in den Beziehungen unter uns, uneingeschränkt Geltung haben. (Beifall.) Unsere Partei, liebe Freunde, muß und wird eine politische Gemeinschaft bleiben, die gegründet ist auf dem gegenseitigen Respekt und dem gegenseitigen Vertrauen aller Mitglieder der Gemeinschaft, aller ihrer Genossen.

Keine Uniformität  
der Argumente –  
aber klare Darstellung  
der Grundidee  
der SPD;  
glaubwürdige  
Repräsentation  
durch hervorragende  
Persönlichkeiten

SPD eine moderne –  
aber keine  
Manager-Partei,  
sondern  
eine auf gegenseitigem  
Vertrauen gegründete  
politische Gemeinschaft



Wir werden das Gesicht der Partei auch in den Personen, die sie auf allen Ebenen unserer Organisation zu repräsentieren haben, so prägen müssen, daß die Sozialdemokratie als eine moderne, mit der Zeit gehende Partei glaubwürdig erscheint.

Für uns war die eindrucksvolle Herausstellung von Willy Brandt als unserem Bundeskanzlerkandidaten der Ausdruck dieses Willens der Gesamtpartei; und wenn der Parteitag unseren Vorstellungen folgt, dann wird Willy Brandt von nun an als einer der stellvertretenden Vorsitzenden der Partei maßgebend an der Willensbildung und Führung der Partei – sozusagen auch konstitutionell – beteiligt sein. (Lebhafter Beifall.)

Nach ein letztes Wort in diesem Zusammenhang. Wir sind eine politische Partei. Wir sind keine Ersatzkirche, wir sind kein Orden. Wir haben keinen festgelegten Ritus. Es gibt keine Bestimmung im Parteiprogramm oder im Parteistatut, wie etwa die Anrede unter uns sein müsse. Jeder kann seine Anrede nach seinem eigenen Ermessen wählen. Aber wir haben eine Tradition, eine Tradition, auf die wir mit Recht stolz sind. Zu dieser großen Tradition der deutschen Sozialdemokratie gehört die Anrede „Genosse“. (Lebhafter Beifall.) Sie umschließt das Vertrauen in das gemeinsame Bekenntnis, und sie umschließt das Vertrauen und die gegenseitige Solidarität in Kameradschaft und Hilfe. Wie viele haben in den Konzentrationslagern der Nazis aus dieser Gewißheit, Genosse zu sein und darum nicht allein zu sein und der genossenschaftlichen Hilfe für sich und für ihre Familie sicher sein zu können, die stärkste Ermüdung in den dunkelsten Tagen ihres Lebens gezogen. (Beifall.) Und wie viele der unseren, Genossinnen und Genossen, tun es heute in den Gefängnissen und Zuchthäusern der Zone. Ich habe noch keinen Sozialdemokraten getroffen, der aus kommunistischen Zuchthäusern oder Lagern in die freie Welt zurückgelangen konnte, der nach allem, was er unter der Herrschaft der kommunistischen Gewalttäter erlebt und erlitten hatte, den Wunsch geäußert hätte, ihn nicht mehr als Genosse anzureden. (Beifall.)

Ich habe diese Bemerkung gemacht, weil wir zwei Anträge haben, die die Frage der Anrede zum Gegenstand eines Beschlusses machen wollen. Umgangsformen sind keine Frage von Beschlüssen, auch wenn manche Zeitungen und Politiker jetzt die Abstimmung über diese Anträge als Beweis oder Nichtbeweis für die Ernsthaftigkeit der Erneuerung der SPD ansehen möchten. (Heiterkeit.) Da kann ich nur sagen: die Armen! Sie wissen nichts von der Sozialdemokratie. (Lebhafter Beifall.) Die Leute, die so reden und so schreiben, sind oft dieselben Leute, die Tag für Tag der kommunistischen Propaganda in der Welt Hilfsdienste leisten, indem sie die Phrase von den „Sozialistischen Ländern“ oder vom „Sozialistischen Block“ ohne Einschränkung übernehmen, obwohl sie wissen oder wissen müssen, daß die Länder der kommunistischen Diktatur und Terrorherrschaft nichts, aber auch gar nichts mit dem Sozialismus zu tun haben. (Lebhafter Beifall.) Wir jedenfalls sollten über alle solche Versuche zur Reglementierung unserer Grußformen zur Tagesordnung übergehen. (Beifall.)

Wir feiern im nächsten Jahr das hundertjährige Bestehen der deutschen Sozialdemokratie. Wir sind hier in Köln – ich habe es schon gesagt – auf historischem Boden. Welch ein weiter Weg vom Parteitag 1893 bis heute! Wenn wir das hundertjährige Bestehen der Partei festlich begehen, dann bekennen wir uns mit Stolz zu ihrer Tradition und zu ihrer Geschichte. Die Geschichte der Sozialdemokratie ist eines der bedeutsamsten Kapitel in

Eindrucksvolle Herausstellung von Willy Brandt als Kanzlerkandidaten der SPD: Ausdruck des Willens der gesamten Partei

SPD keine Ersatzkirche; sie hat keinen Ritus, aber eine große Tradition

Unsere Umgangsformen kein Gegenstand von Beschlüssen

Wer „sozialistisch“ sagt – und „kommunistisch“ meint, dient der kommunistischen Propaganda

Vom Kölner Parteitag der Sozialdemokraten des Jahres 1893 –

bis zum SPD-Parteitag  
in Köln des Jahres 1962 –  
ein weiter, schwerer,  
ehrenvoller Weg

1963:  
einhundert Jahre  
deutsche  
Sozialdemokratie;  
von den Anfängen  
der Organisierung  
der Arbeiterschaft  
zur stärksten Partei  
der jungen Generation  
aller Kreise

SPD  
mehr denn je  
Partei des Volkes  
von heute und morgen



der Geschichte des Freiheitskampfes unseres Volkes. Aus dem Goldenen Buch unserer Partei brauchen wir keine Seite herauszustreichen oder zu überleben. (Beifall.) Im Gegenteil, als die Nacht über Deutschland hereingebrochen war, im Jahre 1933, da konnten wir eines der ehrenvollsten Blätter in das Buch unserer Geschichte einfügen: die Rede von Otto Wels und das Nein der Sozialdemokratie am 23. März 1933 zum Ermächtigungsgesetz, das Hitler gefordert hatte und mit dem alles Unrecht und alle Verbrechen legalisiert werden sollten. (Beifall.) Viel Bitterkeit, viel Trauer, viel Enttäuschungen bergen die hundert Jahre. Wie viele sind gefallen, haben ihr Leben geopfert, hingegeben oder hingeben müssen, um das letzten großen Zieles willen, das auch heute wieder das Leitmotiv unseres Godesberger Programms und der Arbeit der Partei ist – um die Erringung der Freiheit und der Würde aller Menschen in unserem Volk und in der Welt willen.

Auf unseren Schultern liegt eine schwere Verantwortung. Unsere Kraft ist unser Glaube an die Sieghaftigkeit der Ideen des demokratischen Sozialismus. Es sind die alten unvergänglichen Ideen der Freiheit und der Menschenwürde, der Gerechtigkeit und des Friedens, Ideen, die wir heute unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen nicht als Außenseiter der Gesellschaft und nicht als die „vaterlandslosen Gesellen“, sondern als Mitträger dieses demokratischen Staates mit den heute gebotenen Mitteln und Vorstellungen verwirklichen wollen. (Beifall.)

Wir sind mehr denn je die Partei des Volkes von heute und von morgen. Unsere Kraft liegt gleichermaßen in der geschichtlichen Leistung in der Vergangenheit und in der unverminderten werbenden Kraft, die unsere Partei, die alte, neue deutsche Sozialdemokratie, zur stärksten Partei in der jungen Generation unseres Volkes von heute gemacht hat. (Lebhafte, lang anhaltende Beifall.)

# 1963 ein jahr der sozialdemokratie

Wir haben auf diesem Parteitag in Köln, dem ersten nach den Bundestagswahlen 1961, die Aufgabe gestellt, unsere Vorstellungen, niedergelegt im Godesberger Programm, konkretisiert im Regierungsprogramm von 1961, weiterzuentwickeln. Es war eine Probe. Wir mußten hier prüfen: Hat sich die Grundlage von Godesberg wirklich bewährt? Ist sie unumstrittenes Gemeingut der Verantwortlichen unserer Partei, und war unser Regierungsprogramm ein Schritt auf dem Wege zur Verwirklichung der Grundsätze, die wir in Godesberg beschlossen haben?

Ich glaube, wir können hier feststellen – ohne Schönfärberei und ohne Selbstlob –: Dieser Parteitag hat die politische Linie, die in Godesberg festgelegt und im Regierungsprogramm ausgedrückt wurde, ausdrücklich bestätigt und bekräftigt. Ich hoffe, daß von diesem Parteitag ausgeht eine intensive Arbeit zur Vertiefung der Vorstellungen aller unserer Mitglieder und Freunde über die Grundgedanken unseres Programms, und daß wir auch in der praktischen Politik in Bund, Ländern und Gemeinden ein Stück weiterkommen in bezug auf die Realisierung unserer Vorstellungen. Die Partei steht zu diesem Programm.

Die Partei hat durch dieses Programm ihre Position gegenüber den jetzt gegebenen gesellschaftspolitischen Verhältnissen gefunden, und sie hat aus dieser Position ihre Schlußfolgerungen gezogen für die Politik, die wir zur Durchführung unserer Ideen anwenden wollen. Wir haben hier auf diesem Parteitag, der in einer außen- und innenpolitisch so spannungsgeladenen Zeit stattfindet, alle aktuellen Fragen behandelt. Wir sind keiner ausgewichen. Wir haben auch da, wo es Meinungsverschiedenheiten geben kann und gibt, offen miteinander diskutiert, und wir haben Entscheidungen gefällt, die der Partei auch in diesen aktuellen Gegenwartsfragen eine klare politische Richtlinie geben. Ich halte das für einen großen Gewinn.

Parteitag 1962 in Köln  
bestätigte  
die politische Linie,  
die in Godesberg  
und Hannover  
festgelegt wurde

Wir sind  
keiner  
aktuellen Frage  
ausgewichen

Wiedergewählt:  
Erich Ollenhauer  
Vorsitzender  
der Sozialdemokratischen  
Partei Deutschlands

Dienstag nachmittag, 29.  
Mai 1962: unter anhalten-  
dem, starkem Beifall hat  
sich Erich Ollenhauer er-  
hoben – schweigend, sicht-  
bar bewegt. Otto Benne-  
mann, der Vorsitzende des  
Parteitagess dieser Stunde,  
hat soeben mitgeteilt:  
Wahl des 1. Vorsitzenden  
der Partei:

Abgegebene Stimmen 328,  
ungültige Stimmen 2.  
Erich Ollenhauer erhielt  
314 Ja-Stimmen.  
12 Nein-Stimmen wurden  
abgegeben.  
(Anhaltender starker Bei-  
fall.)

Otto Bennemann: Ihr habt  
Erich Ollenhauer durch Eu-  
ren Beifall zur Wiederwahl  
mit dieser großartigen  
Mehrheit beglückwünscht.  
Ich beglückwünsche nun  
aber auch die Partei zu die-  
ser Wahl. (Beifall.) Sie hat  
sich durch diese Entschei-  
dung erneut zu dem Mann  
bekannt, der nach dem  
Tode Kurt Schumachers  
die Verantwortung in die-  
sem Amt des 1. Vorsitzen-  
den übernommen hat. Und  
Erich Ollenhauer hat sich  
in der Vergangenheit die-  
ser Verantwortung als  
Mensch und Politiker ge-  
wachsen gezeigt. (Beifall.)



Eines ist in diesem Parteitag sichtbar geworden. Wir alle wissen, wir stehen in einer Zeit, die das deutsche Volk hier in der Bundesrepublik, in Berlin und in der Zone vor große Belastungen und die Partei vor schwierige Entscheidungen stellt. Wir können ihnen nicht ausweichen. Wir können uns nicht außerhalb dieses Geschehens stellen. Wir sind ein Teil, und zwar ein entscheidender Teil unseres Volkes. Wir müssen Stellung nehmen. Was wir als beruhigende und stärkende Überzeugung von den Kölner Tagen mitnehmen können, ist, daß unser Parteitag in diese Entwicklung hineingeht, geschlossen und einig in allen wesentlichen Fragen. (Lebhafter Beifall.)

Ehe wir uns auf dem nächsten normalen Parteitag im Jahre 1964 wiedersehen, werden wir im nächsten Jahr das hundertjährige Bestehen unserer Partei haben. Dieses Jahr 1963 muß und wird von uns als ein Jahr der deutschen Sozialdemokratie gestaltet werden. (Lebhafter Beifall.) Wir wollen gemeinsam in der verschiedensten Form in diesem Jubiläumsjahr der deutschen Sozialdemokratie den Inhalt geben, den wir ihr zu geben gedenken, und nicht etwa den, den uns unsere Gegner an Geburtstags- und Jubiläumsgrüßen zu servieren haben. Wir geben in positivem Sinne, in dem Sinne, in dem wir es hier schon bei Beginn des Parteitages angesprochen haben, unser Bekenntnis zu dieser großen, stolzen Partei mit ihrer einmaligen Tradition, das Bekenntnis zu dieser Partei von heute, die die Fähigkeit aufgebracht hat, die Idee, die an der Wiege der Sozialdemokratie gestanden hat, die große Idee, die unsere Vorväter bewogen hat, ihr ganzes persönliches Sein in den Dienst dieser Partei zu stellen, diese Idee jetzt in die Sprache, in die Form, in die Notwendigkeiten umzugestalten, die wir heute brauchen, damit wir ihrer Verwirklichung näherkommen. Die Idee, unverändert, klarer als jemals, steht im Vordergrund. Unser letztes Ziel: Überall da, wo wir wirken, an welchem Platz immer, zu wirken für die Freiheit und die Würde des Menschen, der frei von Furcht und Not sein Leben nach seinen eigenen inneren Gesetzen gestalten kann. (Lebhafter Beifall.)

Liebe Freunde, wir stehen am Beginn des 2. Jahrhunderts vor der geschichtlichen Aufgabe, diese und die nächste Generation, daß das, was als Idee unsere Partei trägt, auch wirklich wird im Alltag, im gesellschaftspolitischen Ablauf unserer Tage. Das ist eine schwere, aber auch eine große Aufgabe.

Ich glaube, wir können auch aus den Beratungen dieses Parteitagess die Gewißheit mitnehmen, daß diese Partei – getragen von diesen Menschen – die innere Kraft und die innere Stärke und die innere Hingabe aufbringen wird, um das wahrzumachen, was uns als Aufgabe von den Vergangenen übertragen wurde: die großen Menschheitsideen des freiheitlichen demokratischen Sozialismus in die Wirklichkeit unserer Welt zu überführen. (Anhaltender lebhafter Beifall.)

Dem Morgen entgegen –  
gestärkt  
in der Überzeugung,  
daß wir  
geschlossen  
und einig sind  
in allen  
wesentlichen Fragen

Im nächsten Jahr:  
100jähriges Bestehen  
der  
Sozialdemokratischen  
Partei  
in Deutschland

Das nächste Jahr  
muß und wird  
von uns  
als ein Jahr  
der deutschen  
Sozialdemokratie  
gestaltet werden



Der Parteitag ist das oberste Organ der Partei. Er setzt sich zusammen: aus den Delegierten der Bezirke, aus Mitgliedern der Bundestagsfraktion, des Parteivorstandes, des Parteiausschusses, der Kontrollkommission.

Der Parteitag prüft die Legitimation der Teilnehmer, wählt die Leitung und bestimmt die Geschäftsordnung.

Der Parteitag ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten abstimmen.

Der Parteitag hat u. a.

folgende Aufgaben:

1. Entgegennahme der Berichte über die Tätigkeit des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und der Bundestagsfraktion;
2. die Bestimmung des Ortes an dem der Parteivorstand seinen Sitz hat;
3. die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission;
4. die Beschlußfassung über die Parteioorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.



Herbert Wehner



Alfred Nau

# dokumentation

## arbeitsberichte des parteivorstandes

herbert wehner

organisation  
und  
werbung

alfred nau

finanzen

herbert wehner

ein hohes maß  
an konzentration

Organisation und Werbung standen seit dem Parteitag in Hannover im Dienst der Wahlkampf vorbereitung. Die hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeiter und Vertrauensleute unserer Partei, die in den Fachbereichen Organisation und Werbung tätig sind, konzentrierten ihre Arbeit auf die Vorbereitung der Bundestagswahl. Organisation und Werbung gestalteten und organisierten das vielfältige Wirken unserer Partei so, daß schon diesmal ein hohes Maß von Konzentration auf den Sieg erreicht werden konnte.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich unserem Freund Karl Anders besonders danken, der uns seine fachlichen Erfahrungen als Leiter einiger Arbeitsgruppen und für die Koordinierung dieser Arbeiten zur Verfügung stellte. Im Hinblick auf den schriftlichen Bericht und die Neugestaltung des Jahrbuchs möchte ich Willi Peters, dem Leiter des Presse-Archivs, herzlich danken.

Unser schriftlicher Bericht gibt, nur eine Andeutung von der Vielzahl der Konferenzen von Landes-, Bezirks-, Unterbezirks- und Kreis-Geschäftsführern und Sekretären der Partei, die im Anschluß an den hannoverschen Parteitag veranstaltet worden sind. Dasselbe gilt für die zahlreichen Konferenzen und Tagungen ehrenamtlicher Vertrauensleute, einschließlich der Arbeitnehmerkonferenzen, die wir ebenso wie die vorgenannten Konferenzen in den Monaten vor dem Wahlkampf mitgestalten konnten. Es ist in dieser Zeit an vielen Schwerpunkten gelungen, regionale Wahlkampfleitungen zu einer den besonderen

örtlichen Verhältnissen entsprechenden Tätigkeit zu bringen. Diese Erfahrungen werden für entsprechende Aktionen allgemein nutzbar gemacht werden können.

Die freundliche Aufnahme, die unsere „bonner depesche“ erfahren hat, die wir vom Februar 1961 bis zur Wahl wöchentlich herausgegeben und direkt an die genannten Vertrauensleute versandt haben, hat uns nach der Wahl ermutigt, dieses Mittel schneller Information für die Argumentation von der zweiten Februarhälfte 1962 an in einem zunächst zweiwöchigen Turnus wieder erscheinen zu lassen. Durch Parteivorstandsbeschuß vom Dezember 1961 haben wir bei der Neuherausgabe der „bonner depesche“ eine Anzahl von regelmäßig erscheinenden Beilagen gestartet. Das erforderte einige nicht leicht zu vollziehende Umstellungen in der Art und der Verbreitungs-Technik unserer Parteipublikationen. Wir bitten alle Betroffenen um Geduld und noch mehr um freundliche Mithilfe, die Anfangsmängel zu überwinden. Das vorgezeichnete und uns vorschwebende schließliche Ergebnis wird allen zugute kommen, auch denen, die zur Zeit noch ein ihnen während einiger Jahre vertraut gewordenes Hilfsmittel vermissen.

Die Kombination von „bonner depesche“, „betriebsrätebrief“, „personalratbrief“ und in größeren Abständen zur Verfügung stehenden Ausgaben der „Debatte“ und solcher gezielter Schriften, wie sie dank der Initiative unseres Freundes Ernst Schellenberg mit der Druckache „Unfallverhütung und Verhütung von Berufskrankheiten“

jetzt in einem ersten Muster gelungen sind, wird zum Beispiel das Wirken unserer Betriebsvertrauensleute und Betriebsgruppen bereichern und der Gesamtpartei helfen, die Rechnung der CDU zu durchkreuzen, die darauf beruht, jede dritte Arbeitnehmerstimme zu ergattern, um ihre verhängnisvolle Führungsposition in der Bundesrepublik konservieren zu können.

Unsere im Zusammenhang mit der „bonner depesche“ begonnenen Schritte zur unmittelbaren Information auch unserer sozialdemokratischen Betriebsvertrauensleute und Betriebsgruppen sollen als ein Beginn einer neuen Stufe kraftvoller Offensivarbeit zur Sammlung der Arbeitnehmer um die Sozialdemokratische Partei verstanden werden. Wenn ich mir erlaube, in dem Zusammenhang auf die zwar schon im April 1959 beschlossenen, aber aus guten Gründen im neuen Jahrbuch im Rahmen der „Richtlinien und Empfehlungen für die Parteiarbeit“ mit aufgeführten „Richtlinien für die Betriebsgruppenarbeit“ hinzuweisen, so bitte ich, diesen Hinweis so zu verstehen, daß es auf die richtige Mischung organisatorischer und informatorischer Tätigkeit ankommt.

Unserem Freund Karl Garbe möchte ich dafür danken, daß er so entscheidend die Züge der „bonner depesche“ geprägt hat. Hans Rielhölter darf ich für unermüdete Arbeit in dem komplizierten Labyrinth der technischen Arbeiten danken.

Mit meinen Bemerkungen zur „bonner depesche“ bin ich weit in das Gebiet des Berichtes hineingeraten, das Organisation und Werbung nach der Bundestagswahl begonnen haben zu beackern, nämlich Wahlkampfverfahren und Schlußfolgerungen aus dem Wahlergebnis unserer Parteiorganisation nutzbar zu machen. Die Vorlage Nummer 4 „Nach dem Wohlerfolg weiter voran“ enthält neben den politisch und organisatorisch richtungweisenden Reden Erich Ollenhauers und Willy Brandts die Berichte aus den Arbeitsgemeinschaften der Arbeitstagung in Bad Godesberg vom 27. und 28. November 1961. Was Heinrich Braune, Fritz Sängner, Helmut Rohde und Karl Wienand damals zusammenfassend dargelegt haben, gibt den Extrakt der Diskussionen dieser Arbeitstagung, an der die ehrenamtlichen Unterbezirks- und Kreisvorsitzenden unserer SPD und die sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten mit dem Parteivorstand und den Mitgliedern des Parteirats und der Kontrollkommission teilgenommen haben. Die Ergebnisse dieser Arbeitstagung sind für die Vorbereitung der Landtags- und Kommunalwahlkämpfe ebenso bedeutsam wie für die längerfristige Arbeit zur Vorbereitung der nächsten Bundestagswahl.

In dieser Hinsicht kommt es vor allem darauf an, unsere örtlichen Organisationen und in verstärktem Maße auch die Arbeitsgemeinschaften innerhalb unserer Partei zu befähigen, das zu verwirklichen, was Willy Brandt „Das große Gespräch“ genannt hat. Was er damit ausgedrückt und vorgezeichnet hat, ist die Richtschnur für die konkrete Tätigkeit von Organisation und Werbung der SPD.

Willy Brandt hat betont, was mit dem „Großen Gespräch“ gefordert und gewollt wird, das sei nicht etwa eine Art von Wahlkampf in Permanenz, sondern der Appell einer verantwortungsbewußten demokratischen Partei an sich selbst und an alle anderen, die Menschen unseres Landes zu selbstbewußten und für die gemeinsamen Ideale einstehenden Bürgern zu machen, denn mit Untertanen, die drei Jahre lang übersehen und das Jahr vor den Wahlen umschmeichelt werden, ist die Demokratie nicht zu entfalten. Deshalb ist das, was wir mit dem „Großen Gespräch“ ankündigen und anstreben, eine Gegenposition gegen das „Von-oben-herab“ vieler Bonner Amtsinhaber. Es ist die Gegenposition der lebendigen Demokratie gegen jenen Formaldemokratismus, der im Staatsbürger nur den „Stimmbürger“ sieht. Wenn wir das große Gespräch wirklich in Gang bringen, wobei wir nicht nur Gebende, sondern auch Nehmende sein werden, dann – aber nur dann – wird auch bei uns die Demokratie ein großer Kraftstrom, ein unablässiges Streben danach werden, eine immer größere Zahl der Menschen nicht zu manipulieren, sondern zu bewegen und ihnen ehrlich zu helfen, an der Gestaltung der gemeinsamen Dinge mitwirken zu können.

Wenn häufig nach „Alternativen“ gerufen wird, hier ist eine ganz entscheidende Alternative zur Haltung und zur Politik der heute regierenden Parteien und Interessengruppen. Unsere Sozialdemokratische Partei hat einen großen Vorsprung vor anderen Parteien. Er ist gegeben durch ihre Geschichte, ihre Menschlichkeitsideale und die demokratische Integrität ihrer Mitglieder. Unsere innenpolitischen Gegner versuchen jetzt, ihr Manko an Mitgliederaktivität aufzuheben durch staatliche Geldsubventionen an die Parteien. Das wird uns um so mehr anspornen, unseren Vorsprung als wirkliche Mitgliederpartei zu halten und noch zu vergrößern. Wir dürfen und werden uns nicht faul und unserem eigenen Wesen untreu werden lassen durch staatliche Geldinjektionen.

Mitgliederwerbung, Aufbau und Betreuung von Ortsvereinen, Stützpunkte und Arbeitsgemeinschaften auf den Schwerpunktplänen, die der strukturellen Entwicklungsfähigkeit der Gebiete entsprechen, sind von uns in den Grundzügen nach den Erkenntnissen angelegt, die wir

aus den Wahlergebnissen und ihrer Durchleuchtung gewonnen haben. Vor uns steht die Notwendigkeit, die aus den Wahlergebnissen sich ergebenden Fragen an Organisation und Werbung zentral und regional konkret zu beantworten und unsere Pläne zu systematisieren.

Unsere Deutschlandtreffen, die wir ausbauen werden, so daß sie zu einzigartigen Gelegenheiten für Mitglieder und Freunde der SPD werden, sich selbst zu engagieren und durch eigene Beiträge und Leistungen die SPD nach

alfred nau

finanzen  
offen halten

Das Problem der Finanzierung politischer Parteien hat in den letzten Wochen in der Öffentlichkeit wieder eine aktuelle Bedeutung erhalten. Wir alle kennen die Ursache. Sie liegt in der Tatsache begründet, daß Anfang April die Mehrheit des Bundestages zusätzlich zu den Mitteln für die politische Bildungsarbeit 15 Millionen DM für die Parteien bewilligt hat. Unabhängige deutsche Zeitungen haben diesen Vorgang heftig kritisiert und als eine Subventionierung der Parteien durch den Staat bezeichnet. Das geschah leider in den meisten Fällen so, daß dem Leser nicht deutlich wurde, wo die Verantwortlichen sitzen. Diese Maßnahme haben allein die Regierungsparteien zu verantworten.

In der parteiamtlichen Zeitschrift der CDU, in der „Sozialen Ordnung“, wird in einem Artikel zum ersten Male zugegeben, was bis dahin hartnäckig bestritten wurde, nämlich: die Interessenaufgabe oder die Akzeptierung von Bedingungen bei der Finanzierung der Parteien rechts von uns durch Industrie und Wirtschaft.

vorn zu bringen, gehören in diesen Plan. Daher werden die öffentlichen Kundgebungen nur die äußeren Höhepunkte der Gesamtheit schöpferischer und politisch bildender und prägender Veranstaltungen sein, die Jahr für Jahr in zunehmendem Maße unsere Deutschlandtreffen kennzeichnen werden.

Ich möchte diese meine mündlichen Bemerkungen zur Ergänzung des schriftlichen Berichts mit einem herzlichen Dank an alle Mitarbeiter beschließen.

Wir haben diesen Zustand immer für verhängnisvoll für die Demokratie gehalten. Wir waren und sind der Meinung, daß es z. B. ein Skandal ist, wenn Grundstücks-geschäfte mit dem Staat mit Spenden für eine bestimmte politische Partei gekoppelt werden. Diese unerfreulichen Verhältnisse werden bleiben, wenn nicht endlich die seit 14 Jahren gestellte Forderung des Grundgesetzes nach einem Parteiengesetz erfüllt wird.

In der deutschen Presse wird die Frage aufgeworfen, ob mit der öffentlichen Finanzierung die Unabhängigkeit der Parteien tatsächlich gewährleistet wird. Wir teilen diese Zweifel. Hinzu kommt, daß die Bundesregierung durch die Regierungspropaganda ihre Parteien gegen die Opposition über verschleierte Positionen im Bundesrat und durch Reptilienfonds sowieso laufend unterstützt. In derselben Diskussion haben einige gemeint, die Sozialdemokraten könnten in der Abstimmung über die Parteien-subvention keuschen sein, weil sie über eine starke Mitgliederorganisation verfügen. Darauf sind wir stolz! Es

ist ein Politikum, daß sich so viele Männer und Frauen laufend zu großen Opfern bereit finden. Das können die anderen nicht vorweisen. Aber in der Überspitzung hat der eine oder andere sogar von uns die Verweigerung der Annahme der Beträge aus dem 15-Millionen-Fonds verlangt. Wir sollen sozusagen damit den Beweis der „Keuschheit“ antreten.

Was würden wir erreichen, wenn wir einem solchen Rat entsprechen würden? Wir würden dafür sorgen, daß die finanzielle, die materielle Überlegenheit der Regierungsparteien noch erheblich vergrößert wird – durch unsere Schuld!

Welche Bedeutung die Partei der finanziellen Basis der Organisation beimißt, geht aus der Tatsache hervor, daß zu diesem Parteitag eine Reihe unserer Bezirks- und Landesorganisationen Anträge zur Beitragstabelle gestellt haben. In Erfüllung eines auf dem Parteitag in Hannover gegebenen Versprechens, einem späteren Parteitag einen Vorschlag zur Verbesserung unserer Beitragstabelle zu unterbreiten, haben Parteivorstand und Kontrollkommission ebenfalls einen Antrag vorgelegt. Nach

unserer Meinung sollten bei der Beratung dieses Problems folgende Gesichtspunkte berücksichtigt werden:

- Die neue Tabelle sollte nicht so umfangreich sein und weniger Stufen haben. Gegenwärtig werden 13 bzw. 14 verschiedene Beitragsgruppen geführt.

- Ein Wegfall der Pfennig-Beiträge; eine Abrundung auf halbe oder volle DM.

- Verzicht auf die Bezeichnung „Brutto-Einkommen“ (also nur „Einkommen“).

- Der Umbau muß mit on Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit erreichen, daß das gesamte Beitragsaufkommen nicht geschmälert, sondern angehoben wird.

- Eine bessere Lösung für die Gruppe derjenigen Mitglieder, die bisher einen monatlichen Beitrag von 0,60 DM entrichtet haben. Es ist nicht mehr vertretbar, daß 36 Prozent unserer Mitglieder einen solchen Beitrag bezahlen. Die vorliegenden Anträge verlangen eine Anhebung auf 1,- DM.

- Die jetzt vorhandene Progression in der Tabelle müßte eine gewisse Dämpfung erfahren. Die von allen

Seiten immer wieder vorgebrachte Kritik, daß wir mit der gegenwärtig gültigen Tabelle nicht realistisch genug sind, scheint mir berechtigt zu sein. Der Beitrag zur SPD darf sich nicht als Sperrbeitrag erweisen.

Andere Parteien mögen ihre Rettung in der staatlichen Subvention sehen; wir sind entschlossen, uns nicht auf das sogenannte Wohlwollen einer Parlamentsmehrheit zu verlassen, sondern nur auf uns selbst, auf uns fast 650 000 organisierte Sozialdemokraten. Wir lassen uns weder verwirren, noch lassen wir uns unsere Initiative nehmen. Es bleibt dabei: Das Fundament der deutschen Sozialdemokratie ist die starke Mitgliederorganisation.

In der hinter uns liegenden Berichtszeit nahmen die Vorbereitungen zur Bundestagswahl einen großen Raum ein. Ich meine hier die Arbeit der Kassierer auf allen Ebenen der Partei, um eine ausreichende Finanzierung des Wahlkampfes sicherzustellen. Der Materialschlacht, die umfangreicher und stärker als je zuvor der Gegner gegen uns entfesselt, sollte begegnet werden. So mußte auch unser Aufwand größer werden, um im Blickfeld der Öffentlichkeit zu bleiben. Vielfältig waren die Wege, die

wir dabei beschritten haben. Zunächst haben wir uns der klassischen Methode – der Wahlfondsmarke und der Sammeliste – bedient. Während wir natürlich eine genaue Übersicht über das Ergebnis der Wahlfondsmarkenaktion haben, kann ich heute über die Einnahmen durch Sammelisten noch keine verbindliche Angabe machen. Das liegt sicher nicht zuletzt daran, daß eine Reihe von Gliederungen der Partei bei der Übermittlung solcher Ergebnisse sich eine geradezu scharmanten Zurückhaltung auferlegt haben.

Eines ist aber gewiß und das kann ich mit aller Bestimmtheit hier erklären: unsere Mitglieder, Freunde und Wähler haben in ganz erheblichem Umfange und mehr als bisher für die Partei gespendet. Allein durch den Verkauf unserer Wahlfondsmarken wurden über 1 Million DM gewonnen. In vielen Bezirken wurden unsere Wahlschecks angeboten, die weitere Einnahmen brachten. Mehr als in anderen Wahlkämpfen haben Orts- und Kreisorganisationen bei Veranstaltungen und Versammlungen durch Erhebung von Eintrittsgeldern oft genug nicht nur eine Kostendeckung erreicht, sondern für die Wahlkampfführung nicht unerhebliche zusätzliche Einnahme erzielt.



Arbeitsgemeinschaft A: Auswertung der Bundestagswahl



Arbeitsgemeinschaft F: Beitragsfragen

Wir haben in der Finanzierung des Wahlkampfes einen weiteren Schritt getan. In der Erkenntnis, daß in der Bevölkerung unserer Bundesrepublik – auch außerhalb unserer eigenen Mitgliedschaft – eine positive Stimmung für unsere Partei vorhanden ist, haben wir den Versuch unternommen, uns an alle diejenigen zu wenden, die guten Willens sind, durch eine Wahlspende zur SPD der Sache der Demokratie zu dienen! Das geschah in einem öffentlichen Aufruf und in zahlreichen Einzelbriefen. Unsere Gegner wurden nervös. Uns hat das nicht gestört.

Ich kann heute berichten, daß dieser erste größere Versuch uns einiges eingebracht hat. Auf dem öffentlich eingerichteten Bank- und Postscheckkonto sind bis zum Abschluß der Wahl 843 000,- DM eingezahlt worden. Das Gesamtergebnis unserer Bemühungen für die zentrale Wahlkampfleitung betrug rund 6,7 Millionen DM. Dazu kommen die Einnahmen auf den anderen Ebenen der Partei.

Die Ausgaben der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in allen ihren Gliederungen, also der Orts- und Kreisvereine, der Unterbezirke, der Bezirke und des Parteivorstandes, zur Bundestagswahl 1961 betrugen rund 8 Millionen DM.

Die Bewältigung dieser Summe war eine große Anstrengung der gesamten Organisation. Dafür möchte ich in diesem Augenblick, vor dem ganzen Parteitag allen Mitgliedern, Funktionären, Freunden und Wählern der Partei, die uns bei der Führung und Finanzierung des Wahlkampfes geholfen haben, unseren aufrichtigen und herzlichsten Dank sagen.

Der Mitgliedsbeitrag ist für die SPD ein politischer Beitrag, der praktisch zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit einer freiheitlichen Gesellschaft dient. Erst eine solche Leistung macht die freie Arbeit all der anderen, auch beitragswünschen Organisationen möglich. Und so hat die Entwicklung unserer Beitragseinnahmen über die politische und organisatorische Bedeutung für die Partei hinaus eine wichtige gesellschafts- und staatspolitische Bedeutung. Die Entwicklung der Einnahmen durch Beiträge ist tatsächlich sehr positiv. Dafür der Beweis: Wir haben im vergangenen Jahr die höchste Beitragseinnahme in der Geschichte der Partei gehabt. Sie betrug rund 10.500 000,- DM. Gegenüber dem Bericht auf dem Parteitag in Hannover bedeutet diese Summe eine Einnahmeerhöhung von mehr als 1 Million DM. Wir haben damit erstmalig die 10-Millionen-Grenze überschritten. Für dieses Ergebnis sage ich an dieser Stelle unseren Mitgliedern, insbesondere aber den Hauskassierern der Partei unseren herzlichsten Dank.

# kölner parteitag 1962 wahl- ergebnisse

## I. Wahltag:

### wahl des vorsitzenden

|                             |             |
|-----------------------------|-------------|
| Abgegebene Stimmen          | 328 Stimmen |
| Ungültige Stimmen           | 2 Stimmen   |
| Es erhielt Erich Ollenhauer | 314 Stimmen |
| Nein-Stimmen                | 12 Stimmen  |

## II. Wahltag:

### wahl der stellv. vorsitzenden

|                            |             |
|----------------------------|-------------|
| Abgegebene Stimmen         | 330 Stimmen |
| Ungültige Stimmen          | 18 Stimmen  |
| Es erhielten: Willy Brandt | 298 Stimmen |
| Herbert Wehner             | 232 Stimmen |

## III. Wahltag:

### wahl des schatzmeisters

|                       |             |
|-----------------------|-------------|
| Abgegebene Stimmen    | 329 Stimmen |
| Ungültige Stimmen     | keine       |
| Es erhielt Alfred Nau | 324 Stimmen |
| Nein-Stimmen          | 5 Stimmen   |



Erich Ollenhauer wurde mit 314 Ja-Stimmen wiedergewählt...

### wahl des partei vorstandes

|                    |     |
|--------------------|-----|
| Abgegebene Stimmen | 330 |
| Ungültige Stimmen  | 5   |

In den Parteivorstand  
wurden gewählt: (Stimmen)

|                              |     |
|------------------------------|-----|
| Waldemar von Knoeringen      | 324 |
| Dr. Adolf Arndt              | 324 |
| Prof. Carlo Schmid           | 322 |
| Georg August Zinn            | 322 |
| Dr. Gustav Heinemann         | 321 |
| Prof. Dr. Ernst Schellenberg | 321 |
| Dr. Heinrich Deist           | 317 |
| Fritz Erler                  | 316 |
| Erwin Schoettle              | 315 |
| Irma Keilhack                | 312 |

|                    |     |
|--------------------|-----|
| Heinrich Albertz   | 310 |
| Dr. Alex Möll      | 308 |
| Käte Strobel       | 307 |
| Willi Eichler      | 305 |
| Heinz Kühn         | 299 |
| Helmuth Schmidt    | 299 |
| Kurt Conrad        | 294 |
| Marla Schanzenbach | 289 |
| Ludwig Metzger     | 288 |
| Egon Franke        | 279 |
| Lucie Beyer        | 278 |
| Georg Leber        | 253 |
| Wilhelm Käber      | 251 |
| Max Brauer         | 245 |
| Jockel Fuchs       | 231 |
| Annamarie Renger   | 225 |
| Heinrich Hemsath   | 215 |
| Adolph Ehlers      | 212 |
| Karl Wienand       | 207 |

### wahl der kontrollkommission

|                    |     |
|--------------------|-----|
| Abgegebene Stimmen | 327 |
| Ungültige Stimmen  | 0   |

In die Kontrollkommission  
wurden gewählt: (Stimmen)

|                    |     |
|--------------------|-----|
| Georg Peters       | 325 |
| Walter Damm        | 324 |
| Theo Thiele        | 323 |
| Franz Höhne        | 322 |
| Rudolf Freidhof    | 320 |
| Otto Schmidt       | 319 |
| Fritz Ullrich      | 310 |
| Adolph Schönfelder | 304 |



Georg August Zinn h. c. und Fritz Erler

Die Arbeitsgemeinschaft B „Allgemeine Politik“ beriet unter Vorsitz des Ministerpräsidenten von Hessen, Dr. h. c. Georg August Zinn (auf dem Foto oben links) über zwei Referate:

- a) das vorliegende Referat „Heute für morgen“ von Erich Ollenhauer,
- b) das gleichfalls in dieser Broschürenreihe wiedergegebene Referat „Wer rastet, der rostet“ von Willy Brandt.

Berichtersteller der Arbeitsgemeinschaft B war der stellvertretende Vorsitzende der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Fritz Erler (auf dem Foto oben rechts); über Fragen der Notstandsgesetzgebung berichtete außerdem Dr. Fritz Schäfer, Mitglied der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion.

Die Arbeitsgemeinschaft B hatte rund dreißig Entscheidungen zu treffen: ihren Vorschlägen entsprechend stimmte der Parteitag am 30. Mai 1962, dem fünften und Schlußtag von Köln, acht Entschließungen zur allgemeinen Politik zu, ebenso zwei Empfehlungen zwecks Überweisung von Anträgen an die Bundestagsfraktion.

Um außer den wörtlich wiedergegebenen Hauptreferaten und Entschließungen ein Optimum an Themen der Berichterstattung in den Arbeitskreisen und der weiteren wesentlichen Referate des Parteitages in die Dokumentation dieser Broschürenreihe aufnehmen zu können, ist dieser Teil der Beratungen und Diskussionen im allgemeinen auszugsweise wiedergegeben worden.

## arbeits gemeinschaft ‚b‘ allgemeine politik

## aus der berichterstattung

fritz erler

tatsachen  
bestimmen  
die außenpolitik

Selbstverständlich spiegelt sich die Lage unseres Volkes in den Beratungen dieses Parteitages. Der Bewegungsraum für deutsche Außenpolitik ist enger geworden, als uns allen lieb ist. Wir alle stoßen uns daran. Es ist diese Enge, die eine Reihe von kritischen Stimmen erklärlich macht. Mit ihnen möchte ich beginnen.

Es fiel das Wort vom Unbehagen. Manche unserer Freunde wünschen eine härtere Absetzung von der Bundesregierung und klarere Aussagen über die außenpolitischen Vorstellungen der Sozialdemokratie, als sie in dem Antrag 62 des Parteivorstandes verzeichnet sind. Manche meinen, wir ließen uns unsere außenpolitischen Vorstellungen vom Gegner vorschreiben. Man sollte den Eindruck vermeiden, als übernehme die Sozialdemokratie jetzt jene Vorstellungen der Regierungspartei, die sich im geschichtlichen Verlauf eindeutig als verfehlt erwiesen haben. Es wurde beantragt, daß wir nicht deutlich genug die Verantwortung der Regierungsmehrheit für die Unterlassungssünden der Vergangenheit herausgearbeitet und immer wieder sichtbar gemacht hätten. Zuviel an Gemeinsamkeit in den Lebensfragen der Nation könne darauf hindeuten, daß die Partei zu sehr ein Opfer der Meinungsforschung geworden sei. Man habe auch Außenminister Schröder gestützt, obwohl er sich das dazu erforderliche Maß an Vertrauen doch noch nicht habe erwerben können. An dieser Stelle möchte ich mit der Darstellung der Auffassung der Mehrheit der Arbeitsgemeinschaft beginnen. Sicher haben wir mit dem Innenminister Schröder manchen harten Strauß ausgefechten müssen. Der Außenminister Schröder hat jetzt in schwieriger Lage gegen erheblichen Widerstand in den eigenen Reihen das Richtige getan. Wir Sozialdemokraten sind mit dafür verantwortlich, daß Gefahren von unserem Volk und seiner Hauptstadt Berlin abgewendet werden. Solange der Außenminister in dem, was zu tun ist, mit uns übereinstimmt, werden wir das auch sagen. Selbstverständlich ist das weder ein Blankoscheck für eine noch unbekannte zukünftige Politik noch ein Vertrauensvolumen für die Person des Ministers.

Gegenüber den Jahren 1950 bis 1955 hat sich das für die Bewegungsfähigkeit unserer Außenpolitik entscheidende weltpolitische Kräfteverhältnis erheblich verändert. Damals verfügten die Vereinigten Staaten über eine erdrückende Überlegenheit gegenüber der Sowjetunion bei Atomwaffen und ihren Trägermitteln. In jener Zeit gab es in der Sowjetunion eine reale Befürchtung vor einer Kombination aus dieser amerikanischen Überlegenheit, aus amerikanischer Führung, deutscher militärischer Erfahrung, deutschem militärischem Potential und all den ungelösten Problemen in Mitteleuropa. In Erinnerung an das Jahr 1941 gab es ein wirkliches sowjetisches Sicherheitsbedürfnis, das ja auch von der Bundesregierung in ihren Noten später als zu berücksichtigen bezeichnet wurde. Damals galt es zu ergründen, ob die Sowjetunion zur Behebung ihrer Befürchtungen bereit war, anderen Sicherheitslösungen auf der Grundlage der Wiederherstellung der deutschen Einheit in gesicherter Freiheit zuzustimmen. Dieser Versuch, um den wir Sozialdemokraten uns redlich bemühten, ist leider nicht unternommen worden. Heute hat die Sowjetunion aufgehört und ist auf den genannten Gebieten den Vereinigten Staaten ebenbürtig geworden. Das amerikanische Mutterland ist heute genau so empfänglich für sowjetische Waffen wie das sowjetische Mutterland für amerikanische Waffen.

Das veränderte Kräfteverhältnis findet seinen Ausdruck in der sowjetischen Deutschlandpolitik. Wir haben es nicht mehr mit Verhandlungsangeboten über einen Friedensvertrag mit ganz Deutschland und über Wahlen – was auch immer die Sowjetunion unter Wahlen verstanden haben mag – zu tun, sondern mit dem harten Griff nach Berlin mit dem Versuch, die Spaltung Deutschlands völkerrechtlich zu zementieren und damit unseren Landteufel in der Sowjetzone jede Hoffnung auf eine Änderung ihres Loses zu nehmen, und mit dem Bemühen, ohne Gegenleistung die Bundesrepublik Deutschland aus der westlichen Gemeinschaft herauszubrechen.

Unsere außenpolitischen Vorstellungen werden nicht vom innenpolitischen Gegner, sondern von den Tatsachen bestimmt, von denen wir ausgehen müssen, um unsere Ziele zu erreichen, nämlich: den Frieden zu wahren, die Freiheit zu schützen, den bedrängten Landsleuten beizustehen, die unter kommunistischer Gewaltherrschaft leben müssen, und Deutschland in gesicherter Freiheit vereinigt zu sehen. Nicht jeder Parteitag kann Geschichte schreiben. Die Regierungspolitik war von der Mehrheit der Wähler getragen. Diese Wähler gilt es zu überzeugen, nicht zu beschimpfen. Sie wollen wissen, was jetzt und künftig zu tun möglich und notwendig ist. Der Rahmen hierfür ist in den geltenden Verträgen abgesteckt.

Es ist nicht wahr, daß sich die sozialdemokratischen Auffassungen nicht hinlänglich von denen der Mehrheitspartei unterscheiden. Wir brauchen unser Licht nicht unter den Scheffel zu stellen. In einer Reihe von Fragen sind wir richtungsbestimmend vorangegangen. Dabei geht es:

1. um Berlin. Es waren Sozialdemokraten, die im krisenhaften August 1961, als die Bundesregierung versagte, verantwortlich für unser Volk sprachen und handelten und damit entscheidend zur Bewahrung des Friedens und zur Sicherung Westberlins vor weiteren sowjetischen Abenteuer beitrugen. Es waren Sozialdemokraten, die vor dem Irrweg isolierter Berlinverhandlungen warnten und Berlin immer in die größeren Zusammenhänge der deutschen Frage und der Sicherheitsprobleme hineinstellten.

2. Unsere Sicherheitspolitik ist besser in Übereinstimmung mit den Notwendigkeiten des deutschen Volkes und den internationalen Gegebenheiten, als es die Vorstellungen anderer Leute in unserem Lande sind. Dies gilt vor allem für das Bemühen, den Atomklub nicht zu vergrößern. Sonst würde dem Atomwettbewerb hemmungslos Tür und Tor geöffnet.

3. Wir haben uns kraftvoll für die weitere Festigung der europäischen Institutionen, den Ausbau ihrer demokratischen Kontrolle und die gezielte Ausdehnung der europäischen Gemeinschaften eingesetzt.

4. Bei der Entwicklungspolitik sind wir früher aufgestanden als andere und haben die Notwendigkeit der Solidarität mit dem Streben der jungen Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas nach Freiheit und Unabhängigkeit rechtzeitig zur Richtschnur unseres Handelns gemacht. Selbstbestimmung für das deutsche Volk kann nur der guten Gewissens fordern, der dieses Prinzip auch für andere Völker gelten läßt.

5. In der Ostpolitik haben wir die Starrheit der Bundesregierung beklagt und ein besseres Verhältnis zu unseren

osteuropäischen Nachbarvölkern gefordert. Wir dürfen das Deutschlandbild bei unseren östlichen Nachbarvölkern nicht nur von Herrn Ulbricht malen lassen.

6. Bei der auswärtigen Kulturpolitik haben gerade wir Sozialdemokraten immer wieder neue Anregungen und Impulse gegeben. Und

7. schließlich sind wir es gewesen, die wir uns gegen die Abwertung der Vereinten Nationen in einem großen Teil der deutschen Öffentlichkeit gewehrt haben. Soviel Mängel die Weltorganisation auch haben mag, sie ist die Hoffnung für eine friedliche Zukunft.

In der Außenpolitik wie auch sonst dient uns die Meinungsforschung nicht dazu, festzustellen, welche Politik richtig ist, sondern dazu, zu ermitteln, wie eine richtige Politik besonders wirksam vertreten werden kann.

Was kann eine Oppositionspartei außenpolitisch überhaupt tun? Wir können anregen, fordern, Meinungen beeinflussen, Gedanken entwickeln, aber nicht selbst außenpolitische Entscheidungen fällen. Wir können nur auf die Entscheidungen der unmittelbar Handelnden einwirken uns bemühen.

Wir sind für die freimütige Erörterung der Grundfragen auch der Außenpolitik in einer demokratischen Öffentlichkeit. Wir halten aber die Diskussion von Einzelheiten einer Verhandlungsposition unmittelbar vor der nächsten diplomatischen Diskussionsrunde, wie es leider kürzlich geschehen ist, für unsere Interessen abträglich. Damit werden dem weltpolitischen Gegenspieler ein unerwünschter Einblick und eine unerwünschte Mitwirkungsmöglichkeit geschaffen, die er uns nicht einräumt.

So manches Mal haben wir ein höheres Maß an Flexibilität gefordert, das man ja nicht mit Schwäche übersetzen darf. Hier geht es vielmehr um die Beweglichkeit des Ausnutzens sich bietender Möglichkeiten. Wer Flexibilität fordert, darf sich nicht selbst durch Papiere nahezu dogmatischen Charakters Fesseln anlegen. Wer anderen vorwirft, Chancen ungenutzt gelassen zu haben, wer selbst Chancen nützen will, der darf nicht heute den Chancen von gestern nachlaufen, sondern muß die Gefahren von heute meistern, um Chancen für morgen schaffen und nutzen zu können.

Es besteht die Gefahr, daß man sich an die Spaltung Deutschlands gewöhnt. Die deutsche Frage muß auf der internationalen Tagesordnung bleiben. Im Antrag 62 heißt es: „Es ist nicht möglich, der Sowjetunion Lösungen der deutschen Frage aufzuzwingen. Aber auch die Sowjetunion muß zur Kenntnis nehmen, daß das deutsche Volk

und seine Freunde nicht gezwungen werden können, auf Selbstbestimmung und Einheit in gesicherter Freiheit für Deutschland zu verzichten.“

In diesem Sinne sind wir zutiefst davon überzeugt, daß man nicht in einem Teile Deutschlands ein Kolonialregime gewaltsam aufrechterhalten kann, wenn überall in der Welt Kolonialherrschaft zu Ende geht. Wir sind davon überzeugt, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker über den Erdball nicht vor den Toren Deutschlands halt machen kann. Wir müssen aber auch begreifen, daß ganz Deutschland dann nicht als Bedrohung für andere empfunden werden darf. Deshalb ist das Ringen um die Beschränkung und Kontrolle der Rüstungen so wichtig für die Lösung auch unserer Probleme.

Die Arbeitsgemeinschaft hat auch Sicherheitsfragen erörtert. Es kam noch einmal zum Ausdruck, daß die militärischen Anstrengungen und redliches Bemühen um Entspannung und kontrollierte Begrenzung der Rüstungen zwei Seiten der unteilbaren Sicherheitspolitik sind. Der in der Diskussion laut gewordene Einwand, die SPD sei in der Frage der Atomwaffen erst wieder deutlicher geworden, nachdem sich die Vereinigten Staaten geäußert hätten, trifft nicht zu. Das Gegenteil ist richtig. Jeder kann unsere Beschlüsse von Hannover nachlesen, die vor der Amtsübernahme Präsident Kennedys gefaßt wurden. Das Regierungsprogramm äußert sich genau so unmißverständlich. Wir empfinden Genugtuung darüber, daß die entscheidenden Partner im Bündnis jetzt eine ähnliche Haltung beziehen.

Sorge bereitet uns allen das Ausmaß der Verteidigungskosten. Gerade deshalb muß man sich redlich um Abrüstung oder vorläufig wohl Beschränkung der Rüstungen bemühen. Das kann aber nicht einseitig geschehen, sondern muß auf gleichwertigen Leistungen beider Seiten beruhen. Hier ist an das Regierungsprogramm zu erinnern, in dem es wörtlich heißt: „Die NATO muß von dem Zwang befreit werden, in Fällen konventioneller Aggressionen atomare Waffen einsetzen zu müssen. Die neue Bundesregierung wird die notwendigen Lasten auch dem eigenen Volk zumuten müssen.“

Aber natürlich kann es sich dabei nur um einen fairen Anteil an der gemeinsamen Verteidigungslast handeln. Davor kann sich unser Volk nicht drücken. Die deutsche Politik darf sich aber nicht vordrängen und etwa Lücken ausfüllen, die andere lassen. Die Bundeswehr hat den vertraglich zugesicherten Umfang noch nicht erreicht. Von den zwölf Divisionen sind der NATO erst neun zur Verfügung gestellt. Die territoriale Verteidigung, deren mangelhafter Ausbau von uns seit langem beklagt wird, steht

erst am Anfang. Wir haben aber bei Verhandlungen mit den Verbündeten darauf zu dringen, daß die Verteidigungsanstrengungen der Bundesrepublik Deutschland ein mit unserer Leistungskraft vereinbartes vernünftiges Ausmaß nicht überschreiten. Wir müssen bei unseren Verbündeten Verständnis dafür erwarten, daß Kriegsoffer- und Kriegsfolgelasten sowie die besonderen Leistungen für Berlin auch zu jener inneren Sicherheit beitragen, ohne welche äußere Verteidigung sinnlos wird.

Der Verteidigungshaushalt nimmt einen erheblichen Anteil des Bundeshaushaltes in Anspruch. Er kann daher nicht tabu sein. Nicht jede militärische Anforderung ist unbesehen. Der Weisheit letzter Schluß. Der Verteidigungshaushalt muß – wie jeder andere Haushalt auch – kritisch geprüft werden. Auch hier muß der Steuergroschen dreimal umgewendet werden, bevor er verausgabt wird.

Der zivile Bevölkerungsschutz wurde in der Arbeitsgemeinschaft kurz behandelt. Die Aufgabe ist unpopulär, aber notwendig. Das Godesberger Programm sagt kurz und bündig: „Der Schutz der Zivilbevölkerung ist wesentlicher Bestandteil der Verteidigung des Landes.“ Daran ist nichts zu deuteln. Wir sind gegen eine Verharmlosung des Problems und wissen, daß ein voller Schutz gegen Wasserstoffbomben nicht möglich ist. Wir wissen aber auch, daß uns eine Fülle anderer Gefahren droht, denen die Bevölkerung schutzlos ausgesetzt verantwortungslos wäre.

Der Finanzminister hat kürzlich die Fehlleitung von Riesen- summen bei der Entwicklungshilfe beklagt. Er wird Gelegenheit haben, im Parlament Raß und Reiter zu nennen. Er soll uns sagen, um welche Summen es sich handelt, wohin sie fehlgeleitet wurden und wer dafür verantwortlich ist.

Mancher Freund hat Zweifel an der Kontinuität der sozialdemokratischen Politik geäußert und mehr Selbstprüfung gefordert. Sicher müssen wir unsere Auffassungen immer wieder überprüfen. Hier auf dem Parteitag ist der vornehmste Ort dafür. Aber dann müssen, nach Abschluß der Prüfung, die gewonnenen Erkenntnisse und die beschlossene Politik auch talkräftig vertreten werden. Wir sind auf dem rechten Weg. Die SPD genießt großes Ansehen in der Welt. Sie repräsentiert ein Vertrauenskapital für die deutsche Demokratie. Ihr Ansehen im eigenen Volk ist gestiegen. Seit der letzten Bundesstagswahl fürchten unsere konservativen Gegner einen Durchbruch der SPD in weitere Schichten unseres Volkes hinein. Für Innen- und Außenpolitik gilt, daß wir gerade diesen Durchbruch erreichen werden, wenn wir das Richtige und das Notwendige entschlossen und mutig tun.



dr. fritz schäfer

## auch in krisenzeiten keine diktatur

Mit der Frage der Notstandsgesetzgebung hat sich bereits der Parteitag von Hannover beschäftigt.

Der Parteitag hat beschlossen:

Die deutsche Sozialdemokratie bekennt sich mit allen anderen demokratischen Kräften dazu, die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland und die Freiheit ihrer Einwohner gegen alle äußeren und inneren Gefahren zu schützen. Sie ist daher bereit, die der Freiheit drohenden Gefahren unvoreingenommen zu erörtern und an denjenigen Maßnahmen mitzuwirken, die mit den Grundgesetzen der Freiheit und des Rechtsstaates vereinbar sind.

Und im letzten Absatz:

Der Parteitag dankt der Bundestagsfraktion für ihre von staatspolitischer Verantwortung getragene Haltung in den Fragen der inneren Sicherheit und der Abwehr aller totalitärer Bestrebungen. Der Parteitag stellt fest, daß die Bundesregierung durch ihr Beharren auf einer unannehmbaren Vorlage die Verantwortung dafür trägt, daß die alliierten Vorbehaltsrechte fortbestehen und eine mit unserer freiheitlichen Grundordnung vereinbare angemessene Regelung für bestimmte Notfälle nicht zustande kommt.

Das ist die Grundlage, auf der die Bundestagsfraktion ihre Arbeit in diesen Fragen fortgeführt hat.

In der Zwischenzeit ging die Legislaturperiode des 3. Bundestages zu Ende. Damit war der Entwurf, den Schröder vorgelegt hatte, erledigt. Der neue Bundesinnenminister Hächerl hat bis jetzt keinen Entwurf vorgelegt. Es haben drei Besprechungen stattgefunden. Diese Besprechungen schlossen wir mit einem Kommuniqué ab, in dem schlicht und einfach steht, wir seien nicht in der Lage, derzeit eine Stellungnahme des Parteivorstandes oder der Bundestagsfraktion herbeizuführen, da wir nicht wissen, inwieweit unseren Anregungen in einem Regierungsentwurf entspre-

chen werden wird. Es liegt bis heute kein Gesetzentwurf vor. Deshalb konnte die Verhandlungsdelegation der Fraktion auch nur einen Bericht geben.

Es ist also alles offen. Es kommt darauf an, wie dieser Regierungsentwurf aussieht. Es kommt darauf an, ob dieser Regierungsentwurf den Grundsätzen entspricht, die nicht erst in dieser Entscheidung, die wir mit Antrag 67 vorlegen, nicht nur seit dem 17. März, sondern seit über zwei Jahren vertreten. Unmittelbar im Anschluß an den hannoverschen Parteitag hat Herbert Wehner in einem Artikel am 3. Dezember 1960 die wesentlichsten Punkte genauso formuliert, wie Sie es in dem Antrag 67 vorfinden.

Unsere Grundsätze sind einwandfrei und klar. Erstens: Das Parlament muß in jeder kritischen Situation die Verantwortung für die Entwicklung und für die zu treffenden Maßnahmen tragen. Zweitens: Es darf keine Bestimmung enthalten sein, die eine Generalvollmacht ist. „Für den Fall, daß die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung es verlangt.“ Wir verlangen – und bis jetzt scheint es, daß Hächerl darauf einzugehen gewillt ist –, daß eine Dreiteilung eintritt: Zustand der äußeren Gefahr, Verteidigungsfall und Zustand der inneren Gefahr. Die Feststellung des Zustandes der äußeren Gefahr – die wir einmal etwas global mit dem Verteidigungsfall gleichsetzen wollen – schließt nicht sehr viel Entscheidungsfreiheit in sich sondern es ist mehr eine Feststellung, ob wir angegriffen werden oder nicht, ob wir uns im Verteidigungsfall befinden oder nicht. Aber der zweite Fall: Spannungszeit, Herstellung erhöhter Verteidigungsbereitschaft oder – lassen Sie es mich mit einem Wort sagen, das man früher verwendet hat – Mobilisierung, das ist eine hochpolitische Entscheidung. Ich unterstelle einer Regierung, daß sie sich bemüht, den Frieden zu erhalten. Aber diese gefährlichste Entscheidung kann sie von sich aus nicht treffen, weil sich daraus erhöhte Rechte für die Verwaltung und erhöhte Pflichten für den Staatsbürger ergeben. Das ist eine Angelegenheit des Parlaments. Den inneren Not-

stand wollen wir aus der Zuständigkeit des Bundes vollkommen herausnehmen. Wir meinen, daß man, insbesondere wenn der Artikel 91 in Anspruch genommen wird, den Bundestag anrufen muß. Wir sind der Auffassung, daß diese Entscheidung nicht mit einfacher Mehrheit getroffen werden kann, sondern mit einer qualifizierten Mehrheit getroffen werden muß, tunlichst mit Zweidrittelmehrheit. Der Bundestag ist beschlußfähig, wenn mehr als 50 vH seiner Mitglieder anwesend sind, sagen wir 51 vH. Die Mehrheit davon sind 26 vH. Bei einfacher Mehrheit könnten also 26 vH die notwendigen Beschlüsse fassen. Das geht nicht. Es würden außerordentlich gefährliche politische Auswirkungen eintreten, wenn eine so kleine Mehrheit eine so schwierige Entscheidung treffen könnte.

Wir wollen eine Stufenregelung, erstens: Das Parlament kann feststellen: es ist Zustand des äußeren Notstandes, oder: es ist Zustand des inneren Notstandes. Daraus soll, nicht für die Regierung, sondern für das Parlament selbst das Recht resultieren, die notwendigen Notgesetze zu erlassen, die im einzelnen, soweit sie in die Grundrechte eingreifen oder eingreifen könnten, wiederum der Zweidrittelmehrheit bedürfen.

Weil nun das Parlament in der Größenordnung von 500 Mitgliedern möglicherweise nicht zusammentreten kann, ist vorgesehen, einen Notstandsausschuß zu bilden, der aus Mitgliedern des Bundestages und Bundesrates zusammengesetzt sein soll, ein Notstandsausschuß, der in jeder Lage Parlamentsentscheidung treffen kann. Damit, davon sind wir überzeugt, kann man mit Aussicht auf Erfolg einer möglichen gefährlichen Entwicklung von vornherein einen Damm vorbeugen.

Eine ganz entscheidende Rolle bei den Besprechungen hat die Frage der Arbeitskämpfe gespielt. Während Schröder die Arbeitskämpfe als Möglichkeiten des Notstandes bezeichnet hat, Hächerl am Anfang auch noch einige recht sonderbare Beispiele gebracht hat, war er in einem Fernsehinterview am Schluß mit uns der Meinung, daß es durchaus richtig sei, in eine Grundgesetzbestimmung mit hereinzuschreiben: Arbeitskämpfe von Gewerkschaften – zu deutsch: von Organisationen nach Art. 9 Abs. 3 des Grundgesetzes – sind kein Anlaß für Notstandsmaßnahmen. Wir legen Wert darauf, daß diese Bestimmung ausdrücklich aufgenommen wird. Denn Arbeitskämpfe sind kein Notstandsfall. Im Gegenteil, wir sind der Auffassung, die Gewerkschaften sind eines der stärksten Ballwerke einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Deshalb sind die Gewerkschaften in ihrer Funktion nicht als mögliche Gegner dieses Staates zu be-

trachten, nicht sogar zu selbstverständlichen Gegnern dieses Staates zu stempeln, wie Herr Schröder es wollte, sondern sie sind einer der Garanten, eines der Ballwerke dieses Staates, und zwar wahrscheinlich das stärkste und wahrscheinlich das einzige Ballwerk, mit dem man unblutig möglichen Aufständen oder Revolten begegnen könnte. (Beifall.)

Hächerl hat zugesagt, einer diesbezüglichen Anregung des Bundesrates mit Rücksicht auf unser hartnäckiges Ringen um diesen Punkt zu entsprechen. Aber die Tatsache, daß er ja vom Kabinett abhängig ist, gab uns Veranlassung zur Zurückhaltung in dieser Frage. Der bevorstehende Parteitag gab uns des weiteren Anlaß, von der Bundestagsfraktion aus mit keiner Erklärung an die Öffentlichkeit zu treten, um erstens dem Parteitag nicht vorzugreifen, um zweitens den Entwurf von Hächerl abzuwarten und zu sehen, inwieweit er diesem Versprechen und diesen Überlegungen Rechnung trägt.

Von einigen Böswilligen, vielleicht auch von einigen Dummen wurde die Sturmflutkatastrophe als Beispiel herangezogen. Es besteht Einigkeit darin, daß die Sturmflutkatastrophe nicht ein Fall des Notstandes in dem Sinne ist, den wir hier behandeln. Die Sturmflutkatastrophe ist eine Katastrophe. Es handelt sich darum, daß z. B. unser Freund Helmut Schmidt, der sie kräftig gemeistert hat, die Möglichkeit haben soll, auch in Bundesorganisationen einzugreifen, auch Bundesbehörden Weisungen zu erteilen. Wir meinen deshalb, daß man diese Frage des Katastropheneinsatzes im Anschluß gleichzeitig regeln sollte, wobei den zuständigen Länderministern das Recht gegeben werden sollte, sich kurzfristig auch der Bundesorganisationen, der Bundesbehörden zu bedienen. Das Beispiel Hamburg ist uns hierfür Vorbild.

Aber für die Situation des Notstandes selber ist die Lage vollkommen anders, es sind da insbesondere die Fragen der Einschränkung der Grundrechte, die zur Debatte stehen. Wir sind der Meinung, daß eine Partei wie die SPD sich ihrer Verpflichtung, erstens zu prüfen, ob die Bestimmungen ausreichen, nicht entziehen kann, und zweitens, wenn sie zur Feststellung kommt – so wie wir es auf dem Parteitag in Hannover getan haben –, es ist notwendig, auch den Mut haben muß, die notwendigen Bestimmungen zu beschließen. Diese Bestimmungen können nicht ohne unsere Zustimmung zustande kommen. Die Bestimmungen werden nur so aussehen, daß die betreffenden Maßnahmen nur zur Stärkung und zum Stützen unserer Bundesrepublik getroffen werden können. In diesem Sinne hat die Bundestagsfraktion und hat die Verhandlungsdelegation ihre Aufgabe aufgefaßt. (Beifall.)



## arbeitsgemeinschaft ,b' allgemeine politik

außenpolitik und sicherheit

außenpolitik und wiedervereinigung

entwicklungspolitik

europapolitik

spanien portugal und ewg

notstandsgesetzgebung

## entschliefungen

## außenpolitik und sicherheit

Die Ereignisse seit Ende 1960 haben die Richtigkeit der politischen Beschlüsse des sozialdemokratischen Parteitages von Hannover und der Forderung des Regierungsprogramms der SPD vom 28. April 1961 bestätigt.

Die außenpolitische Stellung der Bundesrepublik Deutschland auf der Seite des Westens ist unverrückbar. Das erfordert die korrekte Erfüllung der eingegangenen vertraglichen Verpflichtungen im atlantischen Verteidigungsbündnis. Freiheit und Frieden für unser Volk sind nur durch vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika und den anderen Bündnispartnern zu bewahren.

Die SPD bekräftigt ihre Forderung nach besserer politischer Koordinierung und Arbeitsteilung innerhalb der atlantischen Gemeinschaft. Sie stellt mit Genugtuung fest, daß ihre bisherige Haltung gegen eine Ausweitung des Atomklubs zur bestimmenden Politik innerhalb der NATO geworden ist. Dementsprechend vertritt die SPD wie bisher die Forderung, die NATO von dem Zwang zu befreien, in Fällen konventioneller Aggression Atomwaffen einsetzen zu müssen. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit für alle Mitglieder des Verteidigungsbündnisses, der konventionellen Bewaffnung stärkere Aufmerksamkeit zu widmen.

Die Bundesrepublik Deutschland hat den Verbündeten eigene Vorschläge zu einer gleichwertigen und kontrollierten Abrüstung zu unterbreiten und dadurch deutlich zu machen, daß Verteidigungsbereitschaft und redliche Bemühungen um Entspannung und Beendigung des Wettrennens gleichwertige Teile unserer unteilbaren Sicherheit sind.

Nur durch eine solche Politik ist es möglich, bessere internationale Voraussetzungen für eine neue Behandlung der Deutschlandfrage mit dem Ziel des Selbstbestimmungsrechtes für das ganze deutsche Volk zu schaffen. Es ist nicht möglich, der Sowjetunion Lösungen der deutschen Frage aufzuzwingen. Aber auch die Sowjetunion muß zur

Kenntnis nehmen, daß das deutsche Volk und seine Freunde nicht gezwungen werden können, auf Selbstbestimmung und Einheit in gesicherter Freiheit für Deutschland zu verzichten.

Die Aussöhnung zwischen dem deutschen und dem französischen Volk ist ein bleibender Wert für eine dauerhafte friedliche Ordnung in Europa. Beide Partner müssen sich aber der Bedeutung der engsten Solidarität der freien Völker Europas mit den Vereinigten Staaten von Amerika für die Bewahrung unserer Freiheit, die Sicherung des Friedens und die Überwindung von Not, Elend und Unfreiheit in der Welt bewußt sein. Deshalb muß alles unterbleiben, was die Solidarität gefährden könnte. Der 13. August 1961, der Mangel an politischer Führung durch die schwache Koalitionsregierung, die vermeidbar gewesene Entfremdung von den Vereinigten Staaten von Amerika und der Stillstand des Werkes der europäischen Einigung sowie die Erstarrung jeglicher Ostpolitik haben gezeigt, wie notwendig die Forderung des Appells von Hannover war und ist, daß Deutschland eine Regierung haben muß,

die fest und unbeirrbar in der Gemeinschaft der freien Völker steht, die bereit ist, für den Aufbau Europas und für die Förderung weltweiter Zusammenarbeit zu leisten, was notwendig und möglich ist,

die alle Verpflichtungen der Bundesrepublik in der Atlantischen Verteidigungsgemeinschaft redlich erfüllt und die Bundeswehr wirksam ausrüstet,

die gleichzeitig jede Möglichkeit fordert, das atomare Wettrennen zu beenden und zu einer internationalen Rüstungskontrolle und Abrüstung beizutragen,

die sich für ihre Außenpolitik um eine breite Grundlage bemüht, die mit dem Gebiet des ganzen Volkes ohne nationalsozialistischen Übermut unser Recht auf Selbstbestimmung und Wiedervereinigung vertritt,

die zusammen mit ihren Verbündeten die Rechte Berlins wahrt und jede Trennung der Hauptstadt Deutschlands vom Westen verhindert.

# außenpolitik und wiedervereinigung

Der Parteivorstand und die Bundestagsfraktion werden aufgefordert, alles zu tun, um eine Erweiterung des außenpolitischen Verhandlungsspielraums in der Deutschland- und Berlinfrage zu erreichen. Es muß jedes Verhandlungsangebot ernsthaft geprüft und möglichst zu konkreten Verhandlungen benutzt werden.

Darüber hinaus sind realisierbare Vorschläge zu erarbeiten, mit deren Hilfe das Los der Menschen in der Zone erleichtert und der wirtschaftliche und geistige Austausch zwischen beiden Teilen Deutschlands gefördert werden kann.

Parteivorstand und Bundestagsfraktion haben eigene Vorschläge als Verhandlungsgrundlage für einen deutschen Friedensvertrag und für die Abrüstung auszuarbeiten und zu geeigneter Zeit ins Gespräch zu bringen. Die Bundes-

regierung hat jahrelang alle möglichen Ansätze zu außenpolitischen Verhandlungen in der Deutschlandfrage sabotiert und damit den Verhandlungsspielraum immer mehr eingeengt. Wenn aus diesen Gründen heute keine geschlossene Konzeption zur deutschen Wiedervereinigung mehr als Alternative aufgestellt werden kann, so muß es vornehmste Aufgabe der Opposition sein, die Regierung zur Wahrnehmung aller Verhandlungschancen zu drängen, um in einer beweglichen Politik wieder neue Ansätze zu finden.

Dabei ist grundsätzlich davon auszugehen, daß alle Verhandlungen nur in enger Zusammenarbeit mit den westlichen Verbündeten geführt werden können. Außerdem müssen für mögliche Verhandlungen geeignete eigene Vorschläge erarbeitet sein.

## entwicklungspolitik

Die SPD tritt für die Selbstbestimmung und Unabhängigkeit aller Völker ein. Sie verurteilt jede Kolonialpolitik und jede Rassendiskriminierung. Hunger, Elend und Not in weiten Teilen der Welt legen uns große Verpflichtungen auf. Die Industrieländer haben in generationslangen Kämpfen eine hohe wirtschaftliche, soziale und kulturelle Stellung erreicht. Es ist ihre Pflicht und Aufgabe, den Völkern in Asien, Afrika und Lateinamerika bei der Überwindung ihrer schweren wirtschaftlichen und sozialen Not zu helfen. Der finanzielle Beitrag der Bundesrepublik für die Entwicklungshilfe muß durch eine Bildungs- und Sozialhilfe stärker ergänzt werden. Diese Hilfe ist den Programmen der Entwicklungsländer anzupassen. Dabei sollte die Ausbildung nach Möglichkeit im Empfängerland vorgenommen werden. Der Errichtung von Ausbildungsstätten ist deshalb besondere Bedeutung beizumessen.

Das schließt nicht aus, daß in vielen Fällen die Ausbildung in der Bundesrepublik ganz oder teilweise gewährt wird. Eine enge Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Bildungs- und Sozialhilfe zwischen Bund, Ländern und Gemeinden ist dringend erforderlich.

Bei der Vergabe von Aufträgen im Rahmen der multilateralen und bilateralen Kapitalhilfe sind die Interessen der deutschen Wirtschaft zu berücksichtigen. An Stelle der bisherigen finanziellen Rohmierzusagen müssen Zusagen für bestimmte Projekte treten.

Für Deutsche, die in Entwicklungsländer gehen, muß eine gesetzliche soziale Sicherung gewährleistet werden. Die gesamte Entwicklungshilfe bedarf einer strengen parlamentarischen Kontrolle.

# europapolitik



Die SPD begrüßt die Fortschritte in der Organisation der wirtschaftlichen Zusammenarbeit des europäischen Staates. Sie sieht in der Erweiterung und in der Ausgestaltung der bestehenden Europäischen Gemeinschaften (EWG, Euratom und Montan-Union) die zur Zeit vordringlichste Aufgabe der Europapolitik.

Die Mitgliedsstaaten der EWG haben eine gesamteuropäische wirtschaftliche und politische Verantwortung. Es muß alles geschehen, um Großbritannien, Norwegen, Dänemark und Irland möglichst bald in die Gemeinschaft aufzunehmen. Die Erweiterung durch diese Staaten wird die demokratische Grundlage dieser Gemeinschaft und ihre Entwicklung stärken.

Darüber hinaus muß den neutralen demokratischen Staaten Europas wie Österreich, Schweden, der Schweiz, die sich aus politischen Gründen nicht in der Lage sehen, der Gemeinschaft als Vollmitglieder beizutreten, die Assoziierung ermöglicht werden.

Zur weiteren und besseren Ausgestaltung der Europäischen Gemeinschaften drängt die SPD vor allem auf

- die Stärkung der Gemeinschaftsorgane und die Erweiterung ihrer Befugnisse,
- die Zusammenlegung der drei Kommissionen (EWG-Kommission, Euratom-Kommission und Hohe Behörde) zu einer Exekutive,
- die Ausdehnung der Rechte des Parlaments auf die Mitwirkung bei der Gesetzgebung und die Stärkung der parlamentarischen Kontrolle.

Die SPD setzt sich in der EWG für das Zustandekommen einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik ein. Hochindustrialisierte Großwirtschaftsräume tragen eine besondere Verantwortung für die Entwicklung der Weltwirtschaft. Sie müssen als Partner zusammenarbeiten. Deshalb begrüßt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die Absicht des Präsidenten der Vereinigten Staaten, den Welthandel soweit wie möglich von Zollschränken zu befreien.



1. Wir begrüßen die Ablehnung der Aufnahme Franco-Spaniens in die EWG durch die sozialistische Fraktion des Europäischen Parlaments. Der Europäische Zusammenschluß muß auf einer soliden, demokratischen Grundlage erfolgen. Diktaturstaaten, wie Spanien und Portugal, in denen es keine Grundrechte gibt und das Volk geknebelt wird, sind keine Bundesgenossen im Kampf um Wohlstand, Freiheit und Recht.

2. Es ist freigewählten Abgeordneten demokratischer Parlamente ebenso wenig zuzumuten, mit den ernannten Figuren faschistischer Regierungen parlamentarisch zusammenzuarbeiten wie den Vertretern freier Gewerkschaften, die ihr Mandat aus freien Wahlen erhalten, mit Delegierten faschistischer Staatsgewerkschaften.

3. Wir fühlen uns den um ihre Freiheit ringenden iberischen Völkern verbunden und fordern, daß nichts getan wird, was die Gewaltherrschaft in diesen Ländern stärkt. Darüber hinaus sollten die freien Völker Euro-

## spanien portugal und ewg

pas sich ihrer Verantwortung und ihrer Verpflichtung stärker bewußt werden und daran mitwirken, daß Spanien und Portugal ihren Weg zur Demokratie und damit in die Gemeinschaft der freien Völker Europas finden.

## notstands gesetzgebung

Der Parteitag bekräftigt die Entschließung zur Notstandsgesetzgebung, die Parteivorstand, Parlament und Kontrollkommission am 17. März 1962 in Berlin einstimmig angenommen haben.

Die Stellungnahme der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu den Fragen der Notstandsgesetzgebung ist in folgenden Punkten zusammenzufassen:

1. Es ist eindeutig klarzumachen, in welchen Fällen und unter welchen Umständen von einem Notstand gesprochen werden muß, der nur mit außerordentlichen Mitteln gemeistert werden kann. Dabei ist zwischen innerem Notstand, drohendem Verteidigungsfall (Spannungszeit) und äußerem Notstand zu unterscheiden.

2. Es ist zu gewährleisten, daß in solchen Situationen nicht eine an der Macht befindliche Gruppe oder Partei die Mittel der Exekutive zur Unterdrückung der anderen ausnutzen kann.

3. Es ist zu sichern, daß Notstandsbefugnisse ausschließlich zur Meisterung des Notstands und nicht zur Dros-

selung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, vor allem nicht der Freiheit der Presse, des Rundfunks, des Fernsehens und der freien Meinungsäußerung, eingesetzt werden können.

4. Es ist auszuschließen, daß eine Einschränkung oder Drosselung der demokratischen Grundrechte im gewerkschaftlichen und betrieblichen Bereich unter dem Vorwand des Notstandes praktiziert werden kann.

5. Es ist Vorkehrung zu treffen, daß weder die Befugnisse der Länder noch die der gewählten Volksvertretungen unter Berufung auf einen „Notstand“ erstickt werden können.

6. Die Funktionsfähigkeit des Bundesverfassungsgerichts muß gewährleistet sein. Jede Maßnahme muß vor das Bundesverfassungsgericht gebracht werden können.

7. Die Verantwortlichkeit des Parlaments ist in jeder Lage zu erhalten. Die Notstandsregelung darf keine Möglichkeit des Ausweichens des Parlaments aus seiner Verantwortung schaffen.

